

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgespaltene Spaltenzeile über deren Raum 40 Wg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (gedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Prämiennummern: Vierteljahr 3,30 Wg., monatlich 1,10 Wg., wöchentlich 26 Wg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Wg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Wg. Post-Abonnement: 1,10 Wg. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Wg., für das übrige Ausland 3 Wg. pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Statistisches von den Reichstagswahlen.

Das Statistische Amt des Reiches hat soeben eine weitere wertvolle Veröffentlichung über die Reichstagswahlen von 1903 besorgt. Es ist das die dritte Arbeit des Statistischen Amtes über diesen Gegenstand; zunächst wurde eine, seinerzeit von uns besprochene, vergleichende Uebersicht der Reichstagswahlen von 1898 und 1903 auf Grund der Berichte der Wahlkommissare veröffentlicht, es folgte die ausführlichere Bearbeitung der Wahlen von 1903 in den einzelnen Wahlkreisen sowie nach Staaten und Landesteilen, dazu ein Verzeichnis der Abgeordneten und ihrer Gegenkandidaten. Die jetzige Veröffentlichung hat ein noch erhöhtes politisches Interesse, sie bringt eine Darstellung der letzten Wahl nach Ortsgrößenklassen, ferner eine besondere Statistik der Wahl in den deutschen Großstädten und schließlich sehr lehrreiche graphische Darstellungen über den Anteil der Parteien an den abgegebenen Stimmen, an den bei der Hauptwahl erzielten Majoritäten und an den gewählten Abgeordneten.

In welchen Bevölkerungsschichten haben die verschiedenen Parteien ihre Anhängerschaft? Von dieser wichtigen Frage wird ein bedeutender Teil durch die umfassenden Tabellen der neuen Statistik beantwortet, welche darstellen, welche Stimmengruppen die Parteien in jeder der drei Ortsgrößenklassen aller Wahlkreise auf sich vereinigt haben. Die Bevölkerung ist nach dem Stande der Zahlung vom 1. Dezember 1900 in drei Ortsgrößenklassen verteilt: in die Gemeinde mit weniger als 2000 Einwohnern (Größenklasse a), in Gemeinden mit 2000 bis über 10000 Einwohnern (Größenklasse b), in Gemeinden mit mindestens 10000 Einwohnern und darüber (Größenklasse c). Es wird gezeigt, wie die Bevölkerung zum Beispiel im Wahlkreise Rhenel-Dehdefung sich auf die drei Ortsklassen verteilt, weiter wie sich die Wahlberechtigten und die gültigen Stimmen auf dieselben drei Ortsklassen verteilen und schließlich wie viel Stimmen jede Partei in jeder der drei Ortsklassen erhalten hat. Für die Regierungsbezirke und Staaten ist auch die Prozentziffer der einzelnen Partei-Anteile beigegeben.

Es ergibt sich also, wo in jedem Wahlkreise die Wähler der einzelnen Parteien vorwiegend wohnen, ob in den ländlichen Ortschaften, ob in Kleinstädten, ob in den größeren Städten. Sogleich der erste Regierungsbezirk Königsberg zeigt da das Bild, das im großen und ganzen durch das gesamte Reich wiederkehrt: Die Konservativen haben ihre Anhängerschaft vorwiegend in Größenklasse a, in den Dörfern des flachen Landes, in viel geringerer Prozentzahl in den kleinen Städten und in noch geringerem Anteil in den Gemeinden, die über 10000 Einwohner zählen. Das Umgekehrte zeigt sich bei der freisinnigen Volkspartei und insbesondere bei der Sozialdemokratie.

Hier seien von den Ergebnissen dieser Berechnungen nur diejenigen wiedergegeben, welche die beiden Regierungsbezirke der Provinz Brandenburg betreffen. In den zehn Wahlkreisen des Regierungsbezirkes Potsdam wurden 383711 gültige Stimmen abgegeben. Die Konservativen erhielten davon 100922, die Reichspartei 31365, die freisinnige Volkspartei 42667, die Sozialdemokratie 175200; die geringen Zahlen anderer Parteien bleiben unberücksichtigt. Die Konservativen erhielten nun in Ortsgrößenklasse a (s. oben) 49133 Stimmen = 41,3 Proz. der in dieser Klasse abgegebenen Stimmen, in Ortsgrößenklasse b 17357 = 25,1 Proz. und in Ortsgrößenklasse c 34432 Stimmen d. h. nur 19,6 Proz. Aehnlich sinkt die Prozentziffer der Reichspartei der Klasse a bis o von 19,9 auf 5,8 und 2,1 Proz. Anders die freisinnige Volkspartei; sie hat in Klasse a 9,3 Proz., in Klasse b 13,7, in Klasse c 12,6 Proz. Die Sozialdemokratie erhielt in Klasse a 33501 Stimmen = 28,5 Proz., in Klasse b 36468 = 52,7, in Klasse c 104831 = 59,7 Proz.

Im Regierungsbezirk Frankfurt wurden 301066 gültige Stimmen abgegeben. Die Konservativen erhielten davon 50402, die Sozialdemokratie 88380 Stimmen. Es zeigt sich wiederum, daß der konservative Anteil von Klasse a zu o ebenso sinkt wie der sozialdemokratische Anteil steigt; der konservative Anteil sinkt von 34,6 auf 16,7 auf 8,2 Proz., der sozialdemokratische Anteil steigt von 23,3 auf 42,5 auf 53,6 Proz.

Für Gesamt-Preußen ergibt sich bei 5741492 gültigen Stimmen, dies Bild: Die Konservativen, die 786629 Stimmen = 13,7 Proz. erhielten, hatten hiervon 546921 gleich 21,5 Proz. in der Ortsklasse a, 80705 = 7,7 Proz. in Ortsklasse b, 139000 = 6,5 Proz. in Ortsklasse c. Die Reichspartei, die 299491 gleich 5,2 Proz. erhielt, hatte 182972 = 7,2 Proz. in a, 68018 gleich 5,8 Proz. in b, 59101 = 2,7 Proz. in c. Die National-Liberalen, die 864774 = 11,6 Stimmen erhielten, hatten 266056 = 10,4 Proz. in a, 128664 = 12,2 Proz. in b, 272014 = 12,6 Proz. in c. Die freisinnige Volkspartei stieg aus a zu c von 5 Proz. zu 6,5 Proz., zu 8,9 Proz. Das Centrum mit 1150389 = 20 Proz. aller Stimmen hatte 529639 = 20,8 Proz. in a, 291037 = 27,9 Proz. in b, 329683 = 15,3 Proz. in c. Die Polen zeigen ein ähnliches Bild wie die Konservativen, auch die Antisemiten gehen von a zu c in ihrem Anteil herunter. Die Sozialdemokratie in Preußen erhielt 1649998 Stimmen = 28,7 Proz.; hiervon fielen 380011 = 14,1 Proz. auf Klasse a, 801768 = 28,9 Proz. auf Klasse b und 968229 = 45,8 Proz. auf Klasse c. In den preussischen Gemeinden mit 10000 Einwohnern und darüber hat also fast die Hälfte der Wählenden sozialdemokratisch gewählt, während in den Gemeinden mit 2000 bis 10000 Einwohnern fast ebenso viele Centrumwähler als sozialdemokratische sich fanden, und in den Ge-

meinden mit weniger als 2000 Einwohnern die Wählerschaft der Konservativen und des Centrum erheblich zahlreicher ist als die sozialdemokratische.

Für das Deutsche Reich gestaltete sich das Gesamtbild also: Die Konservativen erhielten 948448 Stimmen = 10 Proz.; hiervon entfielen 666678, d. h. mehr als zwei Drittel ihrer Gesamtstimmengahl auf das flache Land (Ortsklasse a), nur 114387 kamen auf Klasse b, nur 167383 auf Klasse c; prozentual waren die Konservativen in den drei Klassen von a bis c mit 15,5, 6,4 und 4,9 Proz. beteiligt. Unter je 100 Wählern wählten im Reich 10 konservativ, aber in den größeren Städten nicht einmal 5.

Eine ähnliche Verteilung der Wählerschaft weisen die Reichspartei, das Centrum, die Polen, der Bund der Landwirte, der Bauernbund auf. Die Reichspartei hatte 206248 Stimmen = 4,8 Proz. in Klasse a, 66054 = 3,7 Proz. in Klasse b, 61102 = 1,8 Proz. in Klasse c. Das Centrum hatte 1033051 = 24,1 Proz. und weit über die Hälfte seiner Gesamtstimmengahl (1875278) in Klasse a, 411829 = 22,8 Proz. in Klasse b, 430393 = 12,6 Proz. in Klasse c.

Umgekehrt die liberalen Parteien und die Sozialdemokratie. Die National-Liberalen hatten zwar auch noch mehr Stimmen in Klasse a als in Klasse c, aber weniger in a als in b und c zusammen; sie hatten 546216 = 12,7 Proz. in a, 250745 = 14 Proz. in b, 620436 = 15,3 Proz. in c; also Steigerung des Anteils von a über b zu c. Ebenso steigt der prozentuale Anteil der freisinnigen Vereinigung von 2,1 zu 2,2 zu 3,3 und der Anteil der freisinnigen Volkspartei von 4,1 auf 5,8 auf 7,7 Proz. der in den drei Klassen abgegebenen Stimmen; die beiden freisinnigen Parteien haben bereits auch absoolut mehr Stimmen in Klasse c als in a. Die Sozialdemokratie zeigt das totale Gegenbild der Konservativen. Von ihren 3010771 Stimmen (= 31,7 Proz. aller gültig abgegebenen Stimmen) kommen 735093 = 17,1 Proz. auf Klasse a, 628068 gleich 35 Proz. auf Klasse b und 1647010 = 48,3 Proz. auf Klasse c. In Klasse a ist also die Sozialdemokratie nicht viel zahlreicher vertreten als die Konservativen und bleibt weit zurück hinter dem Centrum, in Klasse c dagegen übertrifft die Sozialdemokratie das Centrum fast um das Vierfache und die Konservativen fast um das Zehnfache. Unter den 4291889 Wählern der Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern haben von je 100 15,5 konservativ, 24,1 Centrum, 17,1 sozialdemokratisch gewählt. Unter den 3406909 Wählern der Gemeinden mit mindestens 10000 Einwohnern haben nur 4,3 konservativ, nur 12,6 Centrum, aber 48,3 sozialdemokratisch gewählt. Die Gesamtheit der größeren Gemeinden Deutschlands ist fast zur Hälfte sozialdemokratisch!

Noch weit eindringlicher wird durch die Tabelle über die Wahlen in den Großstädten der Sitz der sozialdemokratischen Kraft nachgewiesen. Die Statistik legt die Wählerzahl aus verschiedenen Wahlkreisen, so weit sie zu einer Großstadt gehören, zusammen. Mit der höchsten Prozentziffer marschiert hier Aitona voran, wo von 31442 Stimmen 22032 = 70,1 Proz. auf die Sozialdemokratie fielen. Es folgt Berlin (die sechs Wahlkreise mit Teilen der Wahlkreise Potsdam 6 und 10), wo von 332252 Stimmen die Sozialdemokratie 222386 = 66,9 Proz. erhielt; die Freisinnigen hatten nur 16,9 Proz., die Konservativen nur 12,5 Proz. Aehnlich steht es in fast allen deutschen Großstädten. Wo der Puls des modernen Lebens schlägt, wo die wirtschaftliche Entwicklung ihre Höhe erreicht, wo der menschliche Geist am lebendigsten erregt wird, da sind die gewaltigen Menschenmassen, weit über die Hälfte aller Wähler hinaus, Sozialdemokraten!

Schließlich giebt das interessante amtliche Heft eine Farbentafel, welche den Anteil der Parteien an den Stimmen und an den Mandaten seit 1871 darstellt. Da zeigt sich die fortwährend ungerade Verteilung der Mandate. Die Konservativen haben 10 Proz. der Stimmen, aber 13,9 Proz. der Mandate, die Reichspartei hat 3,51 Proz. der Stimmen aber 5,29 Proz. der Mandate, das Centrum hat 19,75 Proz. der Stimmen aber 25,19 Proz. der Mandate, die Protestler, Polen, Dänen haben 6,27 Proz. der Stimmen, aber 8,31 Proz. der Mandate. Bei Freisinnigen und Antisemiten deckt sich Mandatanteil ungefähr mit Stimmenanteil. Dagegen die National-Liberalen haben 13,87 Proz. der Stimmen, aber 12,85 Proz. der Mandate und der Hauptteil der Ungerechtigkeits-, die zu Gunsten der Reaktionsparteien besteht, kommt auf Kosten der Sozialdemokratie, welche bei 31,71 Proz. der Stimmen nur 20,4 Proz. der Mandate besitzt; fast 1/2 aller Stimmen bringen nur 1/3 der Mandate!

Die Projektanten, die gerade jetzt wieder überlaut gegen die Gleichheit im Reichstagswahlrecht lärmten, sollten dieser Darstellung vergegenwärtigen, wie außerordentlich ungleich und ungerecht das Reichstagswahlrecht schon in der heutigen Gestalt wirkt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Mai.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus ist am Dienstag, nachdem es nach belangloser Debatte die Sekundärbahn-Vorlage an die Budgetkommission verwiesen hat, in die Pfingstferien gegangen.

Die erste Sitzung nach Pfingsten ist auf den 7. Juni anberaumt. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Initiativanträge und Petitionen.

Der Reford der Lage.

In der journalistischen Welt genöß die „Freisinnige Zeitung“ den Ruhm, auf dem engsten Raum die größte Anzahl von Lügen und Fälschungen zusammenzubringen zu können. Ihre Rechtsnachfolgerin, die „Freie deutsche Presse“ bemüht sich mit Erfolg, die Vera Eugen Richters durch die Epoche Müller-Sagan noch zu übertreffen.

Das Referat der „Freien deutschen Presse“ über die Reichstags-Verhandlungen betreffend den Strafvollzug enthielt folgende häßliche Sammlung von Lügen und Fälschungen auf ein paar Zeilen:

Es hatte sich nämlich, wie Dr. Mugdan von der freisinnigen Volkspartei an der Hand des sich erst ein Beweismaterials dorthat, herausgestellt, daß die Unterlagen der Begründung der Resolution in wesentlichen Punkten faul und morsch waren, so weit es sich nämlich um die zuerst vom „Vorwärts“ publizierten Vorgänge aus Wögensee handelt. Viel Aufsehens wurde namentlich mit einem Fall Große gemacht, mit der Behauptung, dieser „ungläubliche Geistesranke“ werde noch immer gefangen gehalten. Die Wögensee Gefängnisärzte wurden dabei als Urbild von Gewissenlosigkeit und Unmenschlichkeit hingestellt. Abg. Dr. Mugdan wies die Haltlosigkeit dieser Anwürfe nach; er nahm seine Standesgenossen kräftig in Schutz gegen die sozialdemokratischen Ehrabschneidereien. Außerdem konnte Doktor Mugdan auch noch die eigenartige Quelle dieser Angriffe aufdecken: ein im Bureau beschäftigter Sträfling hat sich widerrechtlich Auszüge aus Akten gemacht, aber auch nicht einmal vollständig, das Wichtigste fehlt, was gerade dazu dient, die Vorwürfe gegen die Wögensee Gefängnisärzte zu entkräften. Der „Vorwärts“ hat dieses „Material“ in der beliebigen Weise bearbeitet, und daselbst hat im Reichstag der „Vorwärts“-Redakteur Abg. Dr. Grubnauer.

Numereien wie diese wüste Anhäufung von „haltlosen Anwürfen“.

Erstens: Dr. Mugdan hat weder ein sicherstes noch ein sicheres Beweismaterial an der Hand gehabt. Er hat von einem Beweismaterial gemunkelt, aber nichts vorgebracht. Das einzige, was er erwähnte, ohne daß es im mindesten zur Entkräftung des Aktenmaterials dienste, war sein Hinweis, daß der Oberarzt von Wögensee neuerdings anderer Meinung über den Geisteszustand Großes geworden sei, als aus seinen früheren Aktenberichten erhelle.

Zweitens: Der „Vorwärts“ hat den Fall Große überhaupt nicht zuerst veröffentlicht, sondern einen kurzen Auszug nach Mitteilungen aus der „Zeit am Montag“ gebracht.

Drittens: In den Bemerkungen zum Fall Große sind die Wögensee Gefängnisärzte mit keiner Silbe angegriffen worden; es ist also ein blanker Schwindel, daß wir sie als Vorbild von Gewissenlosigkeit und Unmenschlichkeit hingestellt hätten.

Viertens: Herr Mugdan konnte gar nicht die eigenartige Quelle dieser Angriffe aufdecken; denn unser Redner hatte zuvor in aller Offenheit selbst diese Quelle „aufgedeckt“.

Fünftens: Die Behauptung, daß in den veröffentlichten Akten das „Wichtigste fehle“, ist Herrn Dr. Mugdan nachgeredet; es wird aber verschwiegen, daß dieser freisinnige Volksparteiler keinerlei Beweis für diese durchaus falsche Behauptung angeführt hat.

So berichtet ein Organ, das die Frechheit besitzt, dem „Vorwärts“ haltlose Ehrabschneidereien vorzuwerfen. Weil wir aus langer Erfahrung wissen, daß dieses saubere Organ des freigesinnigen Bürgerthums sich durch nichts dazu bringen läßt, einmal, wenn auch nur versehentlich, der Wahrheit die Ehre zu geben, so waren wir bemüht, durch Verungung auf den § 11 des Preßgesetzes das Wort zu veranlassen, wenigstens die den „Vorwärts“ betreffenden Lügen richtig zu stellen. Wie zu erwarten war, sträubt sich das Organ auch jetzt noch, die Wahrheit zu bekennen, und redet sich kindischer und schwindelhafterweise darauf hinaus, daß seine Lügen nicht auf den „Vorwärts“ gemünzt sind und unsre Verächtlichung nicht den Bedingungen des Preßgesetzes entsprechen. — Zweifellos eine Behauptung wider besseres Wissen.

Das ist die Art, in der das offizielle Blatt der freisinnigen Volkspartei im Interesse der preussischen Staatsverwaltung die Kritik an fürchtbaren Zuständen tot schwindelt.

Der freisinnige Reichstags-Abgeordnete Dr. Mugdan,

der sich im Parlament lediglich als Medizin-Agrarier, nicht aber als Volksvertreter fühlt, hat sich in seinen Kriegervereins-Meiden gegen die Sozialdemokratie — er suchte sich gerade die Frage des Strafvollzugs zu diesen Kundgebungen aus — auch mit dem „Vorwärts“ beschäftigt. Das jetzt vorliegende Stenogramm der Reichstags-Verhandlungen vom 18. Mai giebt uns Gelegenheit, uns mit diesem Apostel einer allzufreien Arztwahl gegen die Wahrheit näher zu beschäftigen.

Was meinen Kollegen Baer und Pfleger im „Vorwärts“ und in anderen sozialdemokratischen Zeitungen zugesagt worden ist, das ist eine Ehrabschneidung allergemeinster Sorte, die mir überhaupt vorgekommen ist.

Nur in einem Falle muß ich eine Ausnahme machen und darf ich eine Ausnahme machen, und dieser eine Fall zeigt in der That die bedenkenlose Leichtfertigkeit, die der „Vorwärts“ und die sozialdemokratischen Zeitungen sich haben zu Schulden kommen lassen.

Herr Mugdan behandelt dann den Fall Große und spricht seine Auslassungen mit folgenden Beschuldigungen:

Nun, wie lautet das Urteil des Geheimrats Baer, von dem es so häufig gesagt wurde, als ob er nicht wüßte, daß der Junge geisteskrank gewesen ist? . . .

Nun, meine Herren, wenn man nur diesen einen Fall berücksichtigt und sich überlegt, was mit diesem verkommenen Menschen in der sozialdemokratischen Presse angegeben worden ist, und daß hier ein Mitglied dieses hohen Hauses, gestützt auf diesen Fall, wiederum den Ruf gehabt hat, zwei anständige, christliche Kollegen, wie es diese beiden Verzte der Strafanstalt Wögensee

find, auf das furchtbarste anzugreifen und ihnen fortwährende Mißgunst vorzuwerfen, dann, meine Herren, kann man schätzen, was an den andern Fällen sein wird."

Wir haben nicht den geringsten Anlaß, den Arztbetrieb in Pilsen, den wir aus eigener langer Wahrnehmung kennen, irgend wie zu verherrlichen, aber wir haben uns absichtlich bei unsren Veröffentlichungen über den Strafverlauf von persönlichen Angriffen zurückgehalten. Gegen den Oberarzt von Pilsen, Dr. Baer, haben wir überhaupt keinen Angriff gerichtet, Herrn Dr. Pfeiler aber haben wir lediglich ein paar notgedrungene, auffällig gelinde Bemerkungen gewidmet. Insbesondere haben wir aus Anlaß des Falles Grosse — den ja der „Vorwärts“ überhaupt nicht zuerst der Öffentlichkeit unterbreitet hat — nicht die mindeste Beschwerde gegen die Ärzte gerichtet. Wir haben es nicht so hingestellt als ob Geheimrat Baer nicht wüßte, daß der Grosse geisteskrank gewesen sei, sondern im Gegenteil, wir haben uns auf sein Zeugnis ausdrücklich berufen; daselbe hat auch unser Redner im Reichstag gethan.

Wir fordern nunmehr Herrn Dr. Mugdan auf, öffentlich nach zu weisen:

1. Daß der „Vorwärts“ dem Geheimrat Dr. Baer auch nur angegriffen hat, von einer „Ehrabschneidung allgemeinsten Sorte“ zu geschweigen.
2. Daß der „Vorwärts“ im Falle Grosse eine bodenlose Leichtfertigkeit begangen hat, indem er behauptet habe, daß der Geh. Rat Baer nichts von der Geisteskrankheit gewußt habe.
3. Daß unser Redner im Reichstage dergleichen behauptet habe.
4. Daß der „Vorwärts“ und unser Kollege Gradnauer im Reichstag, „gestützt auf diesen Fall Grosse“, die Pilsener Ärzte auf das furchtbarste angegriffen habe.

Führt Herr Mugdan diesen Nachweis, so werden wir nicht ansetzen zu erklären, daß der freisinnige Abgeordnete nicht die Tribüne des Reichstages mißbraucht habe, um eine „Ehrabschneidung allgemeinsten Sorte“ in „bodenloser Leichtfertigkeit“ zu begehen; wir werden vielmehr dann led und lähn genug sein, dadurch Kesselflamme für ihn zu machen, daß wir ihn für einen vollendeten Ehrenmann erklären.

Inzwischen, bis dem Herrn Dr. Mugdan dieser Nachweis gelingt, wünschen wir in seinem Interesse, daß er sich nur einen Teil der Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit aneigne, die unser von ihm des Attentatsverdächtigen verleumdeter Gewährsmann besitzt, und daß er sich in seiner öffentlichen Wirksamkeit einmal annähert, solches Verdienst erwerben möge, das sich jener „Attentatsverdächtigen“ um die Kultur durch die Veröffentlichung des Strafverlaufs Materials in den Augen jedes gestitteten Menschen erworben hat. Den Klenden des Dr. Mugdan aber wünschen wir, daß er sie mit erheblich größerer Genauigkeit behandeln möge, als er im Reichstag die Wahrheit behandelt hat.

Deutsches Reich.

Neber den Stand der deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen laufen zur Zeit wieder mal die verschiedenartigsten Nachrichten durch die Presse. Während das „Berliner Tageblatt“ gestern Abend ankündigte, daß das Zustandekommen des deutsch-russischen Handelsvertrages als gesichert gelten könnte, wird von anderer Seite behauptet, daß Rußland den Vorschlag gemacht habe, den bestehenden Vertrag zu verlängern, von Deutschland darauf aber bisher, obgleich seitdem fünf Monate verfloßen wären, noch immer keine Antwort erfolgt sei. Noch schärfer ist die „Post“; sie behauptet auf Grund zuverlässiger Informationen zu wissen, daß Deutschland nicht mit irgend welchen Erklärungen im Rückstande sei. Der Stand der Verhandlungen sei vielmehr heute noch derselbe, wie vor einigen Monaten, als die russischen Delegierten nach Petersburg zurückkehrten. Die Initiative zur Wiederaufnahme der Verhandlungen siehe jetzt Rußland zu, da bei der damaligen Unterbrechung der Besprechungen festgelegt worden wäre, daß eine Fortsetzung derselben in Petersburg auf Einladung seitens der russischen Regierung hin stattfinden solle. Das würde besagen, da damals die russische offizielle Presse behauptete, die Unterhandlungen seien gar nicht über die Erörterung des § 1 des neuen deutschen Zolltarif-Gesetzes hinausgekommen, daß die Verhandlungen im Stadium des sogen. „Zählungsnehmens“ völlig stecken geblieben sind. Jedenfalls das Wahrscheinlichste.

Die Königlich Preussische „Republik der Geister“ zu Berlin.

Wir hatten berichtet, daß Silberfarb und Nikitin, beides russische Studenten, die im März d. J. aus Berlin ausgewiesen sind, in

Aus dem „Totenhause“.

Sibirien, das mit dem edelsten Blute der russischen Nation gebilligt, ist die große Totenkammer alles triebkräftigen, frischen Lebens im Zarenreiche; ist es, oder soll es wenigstens nach dem frommen Kalmlidenwünsche sein.

Das Schicksal derer, die in dieser Totenkammer schmachten, erfordert und verdient andauernd das größte Interesse der zivilisierten Welt. „Tua ros agit!“ Die sibirischen Kämpfer und Märtyrer sind Kämpfer und Märtyrer auch um westeuropäischer Fortschritt! Jeder für die Fortentwicklung der Menschheit Ringende, welchem Staate immer er angehören mag, weiß es, und ein jeder, dessen Zukunftshoffen und Glauben über die Rixbach-Manteuffel-Webeleien hinausgeht.

Neue Hülfskräfte aus dem fernsten Osten Sibiriens ertönen gerade jetzt. Es gilt, ihnen die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes zuzuwenden.

Unser Leser weiß, daß die „Verhächtnis“ sowohl auf dem Transport wie am Verbannungsorte eine gewisse Bewegungsfreiheit genießen. Diese „Freiheit“ ist nichts weniger als eine Konzession an menschliches Empfinden und die Anforderungen eines humanen Strafzuges; sie ergibt sich mit einer gewissen Notwendigkeit aus der Natur der Verbannung, die eben keine Einschließung in ein Gefängnisgebäude ist und aus der Natur des Transports, der natürlich nicht im grünen Wagen und hinter vergitterten Fenstern, sondern auf offenem, wenn auch bewachten Marsche ausgeführt wird. Die entsetzlichen Martern in den Stappen-Gefängnissen, auf den Märschen und am Ziele selbst, besonders im nordöstlichen Jakutsk (z. B. Werchojansk, wo Mandelstamm gelebt hat) sind bekannt genug. Sie füllen das Maß des Erträglichsten in der That allein schon bis zum Ueberfließen, so daß man die bisherigen Freiheiten der Exilierten wohl auch als die absolut unerlässlichen Bedingungen für die nackte Existenzmöglichkeit bezeichnen darf.

Seit etwa einem Jahre nun weht ein besonders schneidender Wind in Ost-Sibirien. Im Sommer 1903 ist zum Generalgouverneur über Ost-Sibirien mit dem Sitz in Jakutsk ein besonders harschter Autokrat namens Kutaisoff ernannt. Die „Letzten Nachrichten“, herausgegeben vom Ausländischen Komitee des Allgemeinen sibirischen Arbeiterbundes in Vitauken usw., „Das revolutionäre Rußland“ und die „Iskra“ melden in ihren letzten Nummern den Erlaß mehrerer auf die Vollziehung des Transports der Verbannten und die Vollstreckung der Verbannung bezüglicher Cirkulare Kutaisoffs, die zu einer lebhaften Wärmung allenthalben unter den Verbannten und schon zum Blutvergießen geführt haben. Wir entnehmen einer sehr eingehenden Darstellung der Nr. 45 des „Revolutionären Rußland“ vom 15./28. April dieses Jahres und der „Iskra“ vom 18. April/1. Mai d. J. sowie einem Privatbriefe folgendes:

Die neuen Cirkulare haben die allgemeine Tendenz, den Politischen die Existenz, die sie sich durch ihrer Hände Arbeit schaffen müssen, nach Kräften zu erschweren, ihnen jeden Verkehr, jede Verbindung miteinander aufs äußerste zu beschränken oder ganz zu entziehen, und ihnen jeden Gedanken an eine Flucht durch ver-

ihren Unbedachtst-Abgangszeugnis (Exmatricul) durch den Hinweis auf ihre Ausweisung stigmatisiert worden sind. Der Hinweis war zwecklos, wenn er nicht eben dem Zwecke der Stigmatisierung dienen sollte. Er war auch inhaltlich verkehrt; denn Nikitin, z. B. hat die hiesige Unbedachtst auf Grund eigener, ordnungsmäßiger Abmeldung verlassen, und zwar noch bevor der Ausweisungsbefehl Rechtskraft erlangt hatte.

Aus diesen Gründen hatte Nikitin durch seinen Anwalt Streichung jenes Hinweises, der einem „auf die schwarze Liste setzen“ gleichkommt, beantragt.

Unter dem 13. d. Mts. ist nun dem Anwalt vom Rektor der Unbedachtst folgende Antwort zugegangen:

„Auf Ihre am 12. März d. J. gerichtete, die Abänderung der Exmatricul für den früheren Studierenden der hiesigen Unbedachtst Alexis Nikitin betreffende Eingabe erwidere ich Ihnen ergebenst, daß der Akademische Senat einstimmig beschloß, Ihren Antrag auf Streichung des in dieser Exmatricul befindlichen Vermerks „bis zu seiner durch Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten vom 16. März 1904 erfolgten Ausweisung aus Preußen“ abzulehnen.“

Der Rektor.
gez. v. Nischhofen.
Einstimmig beschlossen, daß Nikitin auf der Restriktionsliste der Unbedachtstfreiheit bleibt; einstimmig beschlossen, daß der hiesige Polizeipräsident Vorgesetzter des akademischen Senats, König über die Exmatricul unserer Unbedachtst ist; daß alle polizeiliche Ausweisung keine Sämann, sondern — Ruhestätte ist; einstimmig beschlossen, daß Deutschland und die deutsche „Forschung“ von Gottes und Rechtswegen russifiziert sind und bleiben sollen, einstimmig beschlossen von — den Leuchten der offiziellen deutschen Wissenschaft. — Wissenschaft? —

Gegen die Staatsstreicher des Herrenhauses hat Weber in einer Versammlung des ersten Hamburger Wahlkreises gesprochen. Es wurde die folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erhebt gegen die Angriffe, die in den letzten Tagen aus dem preussischen Herrenhause gegen das allgemeine, direkte, geheime und gleiche Wahlrecht gerichtet wurden und Staatsstreichgelüste verbreiten, entschiedensten Protest.“

Die Versammlung erklärt, daß ein Attentat auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, dieses einzigen, wirklichen Rechts, das der deutsche Arbeiter besitzt, der gesamten deutschen Arbeiterklasse die Verpflichtung auferlegt, dieses Attentat mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Die Versammlung erklärt ferner, daß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die selbstverständliche Ergänzung der allgemeinen Wehrpflicht ist, deren Lasten sowohl durch Bestellung des größten Teils der Mannschaften für Meer und Flotte, wie durch die Ausübung der finanziellen Mittel auf dem Wege der Zölle und indirekten Steuern hauptsächlich der Arbeiterklasse auferlegt sind.

Die Versammlung erklärt endlich, daß eine Beseitigung oder Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts die völlige Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse in Bezug auf den Bestand des Reiches notwendig zur Folge hat, für dessen Erhaltung oder Verteidigung gegen äußere Feinde auch nur einen Finger zu rühren, ihr dann nicht mehr der Mühe wert erscheint. Ein Staatsverbrechen, das dem Arbeiter nur Pflichten auferlegt, aber ihm die politische Gleichberechtigung mit den anderen Klassen der Gesellschaft verweigert, hat keinen Anspruch auf seine Sympathie und Hilfe.“

„Dem wütenden Keiler die Gewehre auszubrengen“, fordert ein Edelster v. B. in der „Kreuz-Zeitung“ den Reichsminister Grafen Bülow auf. Der Junker meint damit, daß man das Reichstags-Wahlrecht beseitigen und das Proletariat mit Ausnahmegeetzen hegen müsse.

Herr v. B. bestärkt mit dieser kräftigen Jagdsprache nur, was man ohnehin längst weiß: Für das Junkertum ist das Volk nur zweierlei: entweder Arbeitsvieh oder Hegevieh. —

Herrenhäuser-Spähne vom Montag (nach der „Kreuz-Zeitung“). Graf Rixbach: Der leidende Teil sind die Arbeiter, das sind heute die ruhen (Wettler) der Bevölkerung.

Herr von Klipping: Die Arbeiterfahrarten dürfen nicht weiter ausgedehnt werden. Die Verwaltung kann ohne Härten den Verkehr der Arbeiter vom Lande nach der Stadt einschränken, denn die Arbeiter haben auf dem Lande ihr gutes Einkommen, sie gehen nur aus Lüderlichkeit nach der Stadt. —

v. Pobjielski als Retter des Mittelstandes.

Anlässlich der Expedition nach Südwestafrika ist in der Presse wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Ausrüstung unfrer Schutztruppen auch diesmal von der Firma v. Tzippelskirch u. Co. geliefert wird. Da zu gleicher Zeit in Kreisen des Centrums und

schärfste Kontrolle und Einengung ihres Bewegungsbereiches im Reime zu erfüllen.

Aus allerlei geringfügigen Anlässen heraus sollen die „Politischen“ aus den Städten, die ihnen zum Aufenthalt angewiesen waren und wegen der günstigeren Arbeitsgelegenheit vor dem platten Lande bevorzugt sind, in die entfernt von jedem Verkehr in der Wildnis liegenden Dörfer verwiesen werden, wo gerade die Intellektuellen einen geeigneten, ihrer Ausbildung entsprechenden Erwerb nur selten finden können.

Der Besuch anderer naher Dörfer oder Städte ist in solchem Maße eingeschränkt, daß nicht einmal mehr die notwendigen Lebensmittel- und sonstigen Bedarfsartikel ausgeführt werden können und die Lebenshaltung der Exilierten und ihrer Familien aufs äußerste herabgedrückt ist. Der Verkehr mit andern Verbannenen, die nicht im gleichen Orte anfangen, ist allgemein unterbott. In den Orten mit Bahnstation ist es verboten, an den Bahnhof zu gehen. Niemand darf den ihm zugewiesenen Ort länger als 24 Stunden verlassen — eine Frist, die bei den in Sibirien zu überwindenden Entfernungen von Ort zu Ort für die Regel jeden etwa sonst noch erlaubten Besuch anderer Ortschaften ausschließt.

Bei Ueberschreitung dieser Vorschriften, besonders bei unerlaubter längerer Entfernung aus dem Verbannungsort sollen die in Jakutsk und Jenissei, den erträglicheren Gouvernements Ost-Sibiriens, Angehörigen nach dem nordöstlichen Jakutsk (Werchojansk usw.) d. h. in die eifigsten und ödesten, taufende Wüste von jeder größeren menschlichen Ansiedelung entfernten Regionen der Welt (Werchojansk ist ein Kältepol, an dem die Kälte bis zu 70 Grad steigt) geschickt werden.

Den durchreisenden Verbannenen ist es durch die neuen Cirkulare verboten, wie bisher an den Aufenthaltswörtern Belanme oder Verwände aufzusuchen oder zu sprechen. Bei jeder geringsten Unbotmäßigkeit auf der Reise, die oft fast ein halbes Jahr dauert, sollen die Politischen in Ketten gelegt und mit Gewalt weiter transportiert werden.

Und was das Niederttrüchtigkeit ist: die Politischen sollen künftig nach Absolvierung ihrer Verbannungszeit nicht mehr, wie bisher, freie Fahrt nach der Heimat zurück erhalten, sondern nur noch auf ihre Kosten heimkehren können. Was das bedeutet, erkennt man, wenn man die fürchterliche Länge und Schwierigkeit der Reise und die unerschwingliche Höhe ihrer Kosten erwägt. Wie sollen diese gewaltigsten pauperisierten Unglücklichen, denen kaum die Gelegenheit zum Erwerb der äußersten Lebensnotdurft gegeben ist, diese Kosten aufbringen können? In der That bezweckt diese Verfügung nichts andres, als eine Verlängerung der zeitigen Verbannung zu einer Verbannung auf Lebenszeit, zu einer lebenslänglichen Zwangsansiedelung, zu einem Lebendigbegrabenwerden der Wüste des russischen Volkes.

Hingzu kommen noch die vielfachen willkürlich durch den Generalgouverneur ausdrücklich verfügten jahrelangen Verlängerungen der Verbannungszeit.

Die ganze Unerschwinglichkeit dieser Cirkulare zeigt die Thatsache, daß selbst der Gouverneur von Jakutsk, der Untergebene Kutaisoffs sich wegen ihrer positiven Unausführbarkeit über ihren Erlaß beschwert hat, natürlich ohne Erfolg.

der Konservativen ein neuer Sturm auf gegen die Warenhäuser durch Erhöhung der Warenhaussteuer geplant wird, so dürfte eine Mitteilung über einen „Fall Tzippelskirch“, die wir dem jüngst erschienenen Buche eines Dr. Johannes Steindamm „Die Besteuerung der Warenhäuser“ entnehmen, nicht ohne allgemeines Interesse sein. Es heißt dort:

„Ganz sonderbar erscheint der Fall Tzippelskirch. Die Firma befähigt sich mit Tropenrüstungen, führt also neben andern Dingen sowohl Jagdpatronen (Gruppe D — Warengruppe des Warenhaussteuer-Gesetzes, D. A.) als auch Leinwandwaren (Gruppe B), sie hat einen Umsatz von über einer halben Million — also ist sie eine willkommene Beute des Fiskus. Ihr bedeutendster Kunde aber ist — das Deutsche Reich, das seine Kolonialarmee bei Tzippelskirch ausstattet! Alle Einwendungen, sogar die Eingaben des Landwirtschaftsministers an das Finanzministerium (die allerdings sehr erklärllich sind, da Herr von Pobjielski noch als Staatssekretär des Reichspostamtes Mitinhaber der Firma war), waren vergeblich, bis die Firma sich entschloß, die wenigen Waren, die sie unter das Gesetz brachte, aufzugeben; im übrigen machte sie geltend, daß sie als Militäranbaugebiet anzusehen sei — was andre Firmen für die heimische Armee seien, das sei sie für die Koloniale. Damit drang sie auch durch. — Seit dem 1. April 1903 ist von Tzippelskirch u. Co. da für den Detailverkauf die außerhalb der Gruppe B. liegenden Waren nicht mehr geführt worden, kein Warenhaus mehr, obwohl sich der Charakter des Geschäfts in keiner Weise geändert hat — er ist derselbe vornehmlich geblieben, der er vor und während seiner Warenhaussteuer-Periode war.“

Ebensoviel Bedeutung wie die Wirkung des Gesetzes zur Besteuerung der Warenhäuser und Rettung des Mittelstandes, die sich hier klarst offenbart, verdienen die Eingaben des Landwirtschaftsministers. —

Finanzpolitik eines Klassenparlamentes.

Die Zweite Kammer des sächsischen Landtages beschloß in der Sitzung am Dienstag in Bezug auf das finanzielle Verhältnis Sachsens zum Reiche die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat nachdrücklich dafür einzutreten, daß 1. das Reich, falls die Einnahmen zur Bestreitung der Ausgaben nicht hinreichen, sich die erforderlichen Mittel durch Erschließung neuer Einnahmequellen verschaffe und nicht auf ungedeckte Patrimonialbeiträge zurückgreife; 2. daß alle Versuche, in das Gebiet der den Einzelstaaten verbliebenen direkten Besteuerung einzugreifen, zurückgewiesen werden; 3. daß hinsichtlich der Aufbringung der Mittel zur Durchführung einer Gesetzesvorlage seitens der verbündeten Regierungen jede Maßnahme, die den Anschein einer Stellungnahme gegen das System der indirekten Besteuerung erwecken könnte, vermieiden werde.

Der Finanzminister Dr. Rüger hatte sich vorher namens der Regierung mit diesen Anträgen einverstanden erklärt.

Die Zweite Kammer des sächsischen Landtages und die sächsische Regierung fürchten die entfernteste Möglichkeit, daß Reichsausgaben aus direkten Steuern aufgebracht werden könnten, während doch gerade Sachsen in seiner Finanznot die direkten Steuern voll für sich braucht und dem Reiche nichts geben will. Also kommt man zu dem Schluss, daß auch nicht der Anschein erweckt werden soll, als ob nicht stets alle Lasten des Militarismus und Marinismus durch indirekte Steuern, die das Volk, auch der Ärmsten, aufbringen, gedeckt werden sollen.

Die ganze Klassenpolitik eines Parlaments der Besitzenden! Erst werden die Finanzen in Sachsen ruiniert, indem die Wohlhabenden nicht belastet werden sollten; nun soll auch belästigt nicht das Reich direkte Steuern schaffen dürfen, durch welche die Besitzenden einermachen zu den Reichsauswendungen, zu den herrlichen Schöpfungen des viel beschworenen Patriotismus beitragen würden. —

Frankfurt-Lebus. Amtliches Wahlergebnis. Es erhielten von 26 033 gültigen Stimmen Reichsanwalt Wassermann (nat.) 11 747, Schriftsteller Dr. Braun-Wilmersdorf bei Berlin (Soz.) 11 407, Generalmajor z. D. v. Jagwitz-Charlottenburg (wirtschaftl. Bgg.) 2872 Stimmen; zerplittert waren 7 Stimmen. Stichwahl zwischen Wassermann und Dr. Braun. —

Wassermann und das Jesuitengeheiß. Wir hatten jüngst mitgeteilt, wie sich im Wahlkampfe in Frankfurt-Lebus der Abg. Liebermann v. Sonnenberg über Herrn Wassermann ausgesprochen habe. Herr Liebermann v. Sonnenberg sendet uns nun eine Zuschrift, in der er der Angelegenheit die nachstehende, den national-liberalen Führer recht kennzeichnende Darstellung giebt:

„Ich habe nicht gesagt, Herr Wassermann habe den Katholiken in Frankfurt a. O. dies oder jenes versprochen, habe auch nicht

Besonders lebhaft war von Anfang an die Erregung über diesen neuen Ultra-Knutenkurs, der „die Verbannung zu einer Pausenpause macht“, in der Stadt Jakutsk. Die Empörung kam zum leidenschaftlichen Durchbruch als aus Ost-Aktioje die Nachricht von dem blutigen Zusammenstoß eines Transports Politischer mit der Polizei und Gendamerie eintraf. Dieser Zusammenstoß war am 18./31. Januar d. J. dadurch hervorgerufen worden, daß entgegen ausdrücklicher Zusicherung den Verbannenen beim Durchzug durch Ost-Aktioje das Zusammentreffen mit ihnen in diesem Orte wohnhaften Verwandten und Freunden und die Absendung einer Beschwerte hierüber an den General-Gouverneur verweigert wurde. Der Polizeiwachmeister (Uradmi) schlug mit dem Säbel, die Soldaten schlugen mit den Gewehrkolben und drangen schließlich mit den Bajonetten auf die Gefangenen, Männer, Frauen und Kinder, ein, während die Dorfpolizisten mit den Krüsten sekundierten. Einem (Scheinmann) wurde der Rieferschnos zerhackt; die zweieinhalbjährige Wera Krasskoff fand keine Schonung; Komoroff ward gleich andern zu Boden geworfen, mit dem Gesicht nach unten an die Schwelle gebunden und mit Fußtritt und Gewehrkolbenhieben unmensächlich mißhandelt. Die Frauen mußten die rohesten Schmähdungen über sich ergehen lassen. Alle wurden schließlich gefesselt ohne Ueberzieder auf den eisigen Hof gestossen und dann gefesselt weiter transportiert.

Auf die Kunde von diesen Vorgängen hielten die Verbannenen in Jakutsk eine Versammlung ab, in der eine Resolution, die die Abschaffung der Cirkulare Kutaisoff verlangt und äußerster Widerstand gegen ihre Durchführung beschlossen wurde. Ein Aufruf an die „Gesellschaft“ von Jakutsk wurde verbreitet und ein Schreiben an den Gouverneur gesandt.

57 Verbannene überreichten der Polizei eine entsprechende Erklärung; am 5./18. März richteten sie eine Depesche an Plestow; beides ohne Erfolg.

Die 57 verbarricadierten sich am 3./16. März in der zweiten Etage eines großen hölzernen Hauses und wurden einer regelrechten Belagerung unterworfen, die bis zum 9./22. März währte. Drei Soldaten wurden erschossen; den Augen der Belagerer, unter denen sich viele von den Revolutionären befanden, die die belannte Odesaer Hungerrevolte durchgemacht hatten, fiel ein Verbannener zum Opfer: ein etwa 25jähriger Arbeiter, derselbe, der vor 2 Jahren die vielbesprochene Demonstration im Odesaer Theater veranstaltet hatte. Zahlreiche sind verwundet. Alle Ueberlebenden sind verhaftet und werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. Die schwerste Strafe, selbst die Todesstrafe droht ihnen.

Schon haben sich einige Petersburger Anwälte zu ihrer Verteidigung auf den Weg gemacht — überall finden Sammlungen für die unglücklichen Opfer des Jaronismus und ihre Angehörigen statt.

Hoffen wir, daß die Richter ein menschliches Gefühl besitzen und verstehen werden, daß den Verhächtnis nichts zur Last fällt, als eine Verzweiflungsthat, propagiert durch den brutalen Versuch Kutaisoffs, den in der Totenkammer der russischen Freiheit Begrabenen den letzten schwachen Lichtstrahl zu nehmen, der ihrem furchtbaren Glend bis dahin geleuchtet hatte.

erzählt, er habe dem evangelischen Pfarrer in Münchenberg etwas „in die Hand verpackt“, sondern der Borsfall spielte sich etwa folgendermaßen ab: In einer Versammlung die am Sonntag nachmittag in Frankfurt a. O. stattfand, griff der Führer der dortigen Liberalen, Herr Dr. Weser, heftig meine Partei an, und versuchte sich sogar zu der Redewendung, „selbst ein so gemäßigter liberaler Mann wie ich (Weser) könnte den Kandidaten v. Jagowicz nicht wählen, wenn er in die Stichwahl käme.“ In der Entgegnung bemerkte ich: „v. Jagowicz ist ein Mann, auf den man sich verlassen könne. Für Herrn Wasserhagen hätten sich die Katholiken im Wahlkreise in öffentlicher Erklärung festgelegt, vermutlich zum Danke für die Haltung, die er noch vor den letzten allgemeinen Wahlen in der Jesuitenfrage eingenommen habe. Nun sei ich sehr erstaunt darüber, daß wie mir gestern berichtet worden sei, Herr W. in Münchenberg auf Interpellation des dortigen Pfarrers erklärt hat: vor acht Jahren sei er allerdings für Aufhebung des Jesuitengesetzes eingetreten, jetzt sei er aber ganz anderer Meinung.“ Herr Wasserhagen habe wohl vergessen, daß die letzten Wahlen nicht acht Jahre, sondern erst ein Jahr zurücklägen.“ Darauf erhielt aus der Versammlung der Zwischenruf: „Er wird noch oft die Meinung wechseln!“

Südwestafrika.

Ueber das Gefecht bei Dwikolorero hat der Augenzeuge Hauptmann Fischel einen Bericht gefaßt, der im „Militärwochenblatt“ veröffentlicht wird:

„Am nächsten Tage ritt der Major v. Glasenapp mit 80 Reitern, 1 Maschinengewehr mit Bedienung und 9 Offizieren, 1 Medizinwagen dieser Spur nach auf Dwikolorero. Vor dieser Wasserstelle fand man viel Vieh, ohne Bedeckung, was den Schluss zuließ, daß die Hereros in größerer Anzahl in der Nähe sein mußten. Bald fielen die ersten Schiffe aus den Büschen, man sah ab und nahm das Feuergefecht auf, die Offiziere ebenso wie die gemeinen Reiter, denn der Gegner verstreute sich und suchte nach seiner Gewohnheit die Pflanzen zu umfassen. Die Pferde standen dicht hinter den Schützen, das Maschinengewehr auf 50 bis 60 Schritte dem Gegner gegenüber. (Die minimale Entfernung vom Gegner beträgt also, daß v. Glasenapp ganz unvorsichtig vorgegangen war.) Nun hatten die Unsen erhebliche Verluste, fast jeder Schuß der Hereros sah. Die Bedienungsmannschaft wurde am Maschinengewehr zweimal erschossen, ein Offizier nach dem andern wurde verwundet. Die Verluste wurden so groß, und der Gegner erschien in solcher Ueberlegenheit, daß v. Glasenapp Befehl gab, auf den Medizinwagen zurückzugehen. Jetzt bekamen die Hereros erst recht Mut; sie drängten sofort nach und die Verluste steigerten sich noch mehr. An ein Fortschaffen der Verwundeten und Toten war nicht zu denken. v. Glasenapp fand glücklicherweise mit Schäfer und Hermann den Medizinwagen, lud diese beiden wie noch einige andre Verwundete auf und fuhr unter dem lebhaften Feuer der Hereros zurück, wie durch ein Wunder gerettet! Ein Gefäß hatte seinen Mund, ein's den Hinterrumpf gestreift. Ihm voraus ritt Oberleutnant zur See Mandstoll (der jetzt am Typus in Ostia haec gestorbene Offizier), der um neun Uhr abends bei mir im Lager eintraf und mir die Meldung vom dem fürchterlichen Verlust brachte, den Sie in der Zeitung schon gelesen haben werden. Einen solchen Verlust hatte es überhaupt hier noch nicht gegeben. ... Sie werden sich denken können, daß wir uns in keiner gehobenen Stimmung befinden. Das Maschinengewehr mit Munition, viele Gewehre, Pferde u. sind in die Hände der Hereros gefallen. Es bleibt uns nur zu hoffen, daß wir noch Gelegenheit finden, die Scharte wieder auszugleichen.“

Ausland.

Ueber den Dreibund

wurde am Montag in dem Budgetausschuß der österreichischen Delegation gesprochen. Der Delegierte Kramarek wies auf die Isolierung Deutschlands und die Bedeutungslosigkeit des Dreibundes hin.

Der Minister Goluchowski erklärte, daß die deutsche Regierung Österreich in seiner Balkanpolitik gegenüber der Türkei wirksam unterstützt hat.

Politische Prozesse in Rußland.

Aus Petersburg wird dem „Berliner Tageblatt“ berichtet: Am Mittwoch wurde das Urteil in dem politischen Prozeß des Privatdozenten Knitschkow und der Schriftstellerin Vornan gefällt. Die Verhandlung fand vor einer außerordentlichen Sitzung der Petersburger Gerichtskammer bei verschlossenen Türen statt. Beide Beschuldigte waren ein- und derselben „Verbrechen“ angeklagt, und zwar des Versuches, eine größere Anzahl Exemplare des bekannten, in Stuttgart erscheinenden russisch-liberalen Blattes „Ostwodschdenje“ über die Grenze geschmuggelt zu haben. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis für Knitschkow unter Verlust aller besonderen Vorrechte (des Adels und der Diplome) und auf 2 1/2 Jahre Gefängnis für Frau Vornan.

Gegenwärtig wird ein neuer politischer Prozeß vorbereitet, der wahrscheinlich im Juli zur Verhandlung gelangt. Die Zahl der Angeklagten ist recht groß: es werden voraussichtlich etwa 30 Personen dem Gericht vorgeführt werden. Sie werden angeklagt, einen Anschlag auf das Leben des Ministers v. Plehwe geplant zu haben.

Schweiz.

Zürich, 16. Mai. (Sig. Ver.) Der gestrige Abstimmungstag bildet keinen Ehrentag in der Geschichte des Referendums des Kantons Zürich. Was vielfach befürchtet wurde, ist leider eingetreten: das Gesetz, welches den Lehrern eine bescheidene Erhöhung ihrer Besoldung bringen sollte, ist mit 31 074 gegen 30 791, also mit einer Mehrheit von 283 Stimmen verworfen worden. Von den elf Bezirken des Kantons haben sieben die Vorlage abgelehnt, lauter ländliche Bezirke, und nur vier, wovon die beiden städtischen Bezirke Zürich und Winterthur und zwei ländliche, haben sie angenommen. Bedauerlicherweise sind in den Städten und Industrieorten ebenfalls auffallend viele Nein abgegeben worden, andernfalls hätten die verworfenen Stimmen der Vornen ausgeglichen werden können. Die Reinsager verteilen sich übrigens auf alle Volksschichten, nur daß das Gros derselben auf die bäuerliche Bevölkerung entfällt, die aber am meisten über die Lehrerschaft klagt, wenn sich die Lehrer durch den Zug in die Städte zu verbessern suchen. Recht auffallend ist, daß vor ca. zwei Jahren das Gesetz betreffend die Erhöhung der Pfarrerebesoldungen angenommen wurde, allerdings auch nur mit 26 000 gegen 25 000 Stimmen, so daß man in manchen Kreisen die Arbeit des Pfarrers höher schätzt als die des Lehrers. Zweifellos wird aber das verworfene Gesetz in kurzer Zeit wiederaufstehen und dann vielleicht Annahme finden.

Frankreich.

Die treue Tochter der Kirche.

Paris, 17. Mai. Das Blatt L'Humanité, die „Humanität“, veröffentlicht den Wortlaut der päpstlichen Protestnote gegen die Komreise des Präsidenten Loubet. Es heißt in derselben u. a.: Die Oberhäupter der katholischen Staaten haben die Pflicht, dem obersten Hirten der Kirche gegenüber größere Rücksicht zu walten zu lassen, als die Souveräne nichtkatholischer Staaten, und dies im Hinblick auf seine Würde, seine Unabhängigkeit und seine unüberwindlichen Rechte. Diese Pflicht, welche bisher von allen beobachtet ist, unbekümmert um Gründe der Politik, der Alliance und der Verwandtschaft, lag umso mehr dem ersten Beamten der französischen Republik ob, weil sie durch traditionelle Beziehungen mit dem römischen Pontifikat verbunden ist und kraft des Konkordats besondere Rechte besitzt. Wenn demnach das Oberhaupt einer katholischen Nation dem Papste eine schwere Beleidigung zufügt, indem es nach Rom, dem Papste, kommt, um demjenigen seine Huldigung darzubringen, der gegen alles Recht die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes verhindert, so war diese

Beleidigung um so größer von Seiten des Präsidenten Loubet, und wenn trotz alledem der päpstliche Nuntius in Paris geblieben ist, so ist dies lediglich auf sehr ernste und besondere Gründe zurückzuführen. Damit durch eine so schmerzliche Thatsache nicht ein Präzedenz geschaffen werden könne, sieht sich der heilige Stuhl veranlaßt, die formellste und ausführlichste Einsprache zu erheben.

Jaurès erörtert diese Protestnote und erklärt, diese bilde eine Herausforderung Frankreichs und Italiens. Der Papst habe nicht gezögert, vor den Regierungen die französische Republik und deren Präsidenten anzuklagen; seit der Veründung dieser Note sei der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Papsttum und Frankreich in Wirklichkeit vollzogen.

Die Spionage-Affaire.

Paris, 17. Mai. Der „Matin“ fezt heute seinen Bericht über die Spionage-Angelegenheit fort und veröffentlicht einen sehr eingehenden angeblich vom deutschen Generalstab herrührenden Fragebogen betreffend die Befestigungen und die Armerungen von Cherbourg und Brest, sowie die Verzeichnisse von 42 Plänen von Cherbourg, Brest und Toulon, welche an eine ausländische Macht verkauft worden seien. Der französische Militärattaché in London sei mit diesen Dokumenten sofort nach Paris gereist und habe sie dem Generalstabschef der Marine übergeben, welcher den in Abwesenheit des Marineministers Bessetan mit der Leitung des Marineministeriums betrauten Ministerpräsidenten Combes und das Kriegsministerium verständigt habe, da dem letzteren die Küstenverteidigung obliege. Im Nachrichtenbureau des Kriegsministeriums sei Fragola bekannt gewesen, da man demselben vor 1 1/2 Jahren in Luzern 7000 Fr. bezahlt habe, um die Pläne von Toulon, die er in seinen Händen hatte, zurück zu erlangen. Der Leiter der Sicherheitsbehörde Caberd habe einem Berichterstatter erklärt, die Echtheit der Dokumente über die Forts und Batterien von Toulon sei leider unzweifelhaft. Dieselben stammten offenbar aus dem Bureau der Genieverwaltung. Das Beunruhigendste bei der Angelegenheit sei, daß ein so umfangreiches Bündel von Schriftstücken gestohlen werden konnte. Man hätte festzustellen, ob es sich um einen gewöhnlichen Einbruch handelte, oder ob die Dokumente auf andre Weise entwendet worden seien. Der Kriegsminister habe den Generalstabschef Penchaux beauftragt, eine Untersuchung über die Angelegenheit einzuleiten, um festzustellen, wen die Schuld treffe, und insbesondere zu ermitteln, ob nicht gegen die Bauunternehmer Klage erhoben werden könnte, welche die gestohlenen Pläne in ihren Händen gehabt hätten. Diese Bauunternehmer könnten wegen Betrugs oder wegen Nachlässigkeit verfolgt werden.

Italien.

Giolitti gegen den Imperialismus.

Rom, 17. Mai. Im Senat beantwortete der Minister des Äußeren, Tittoni, Interpellationen betreffend die Lage in Venetien und Somaliland. In Erwiderung auf die Rede des Deputierten Vitelleschi wies dann der Ministerpräsident Giolitti die Behauptung zurück, daß die Regierung in der inneren und der kolonialen Politik unter dem Einfluß einiger Parteien handle. Er erklärte, die Regierung müsse vor allem für die inneren Bedürfnisse des Landes mittels einer weisen Finanzverwaltung sorgen. „Wir können nicht“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „dem Grundsatz einer imperialistischen Politik folgen. Es würde ein Fehler sein, das in Venetien zu wiederholten was man in Erythraea gemacht hat. Die Regierung will, daß die Einnahmen des Landes im wesentlichen im Innern Verwendung finden. Es ist nicht angängig, dem Lande Opfer für diese Kolonien aufzuerlegen, welche noch nicht die Gewähr für einen sicheren und wünschenswerten Zustand in der Zukunft bieten.“ (Lebhafter Beifall.)

Schweden.

Gegen den Import ausländischer Lohnbrüder. Der liberale Abgeordnete Hjörne hat in der Zweiten Kammer die Regierung über eventuelle Maßnahmen zur Regelung der Einwanderung in Schweden interpelliert. Es handelt sich hierbei hauptsächlich darum, daß häufig von Arbeitgebern ausländische, namentlich galizische Arbeiter für Land- und Fabrikarbeit herangeholt und als Lohnbrüder gegen die einheimischen Arbeiter verwandt werden. Wie seiner Zeit mitgeteilt wurde, hat die Kammer die Behandlung einer ähnlichen von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Interpellation abgelehnt. Ueber die nun eingebrachte Interpellation fand jedoch eine anderthalbstündige Debatte statt. Die Antwort des Civilministers ging darauf hinaus, daß die Frage zunächst gründlich erwoogen werden müsse; was bekannt geworden sei über den Zuzug von Ausländern, hätte keinen Anlaß zu solchen Maßnahmen gegeben. Unter Parteigenosse Torsson machte den Minister darauf aufmerksam, daß es sich nicht um gewöhnliche Einwanderer handle, sondern um einen Massenimport von Leuten, dazu bestimmt, die elenden Löhne der Landarbeiter herabzudrücken und die einheimischen Arbeiter zu verdrängen. — Die Vertreter der Interessen der Agrarier sprachen sich demgegenüber für den uneingeschränkten Freihandel mit der menschlichen Arbeitskraft aus, rühmten die ländlichen Arbeitsbedingungen und prophezeiten den Untergang der Landwirtschaft, falls die Löhne hinaufgedrückt würden. Von verschiedenen andern Abgeordneten wurden jedoch schwere Bedenken gegen den Import ausländischer Arbeiter als Lohnbrüder geltend gemacht. Zu bestimmten Beschlüssen führte die Debatte, an der sich von sozialdemokratischer Seite noch Ails Persson beteiligte, nicht.

Amerika.

New York, 17. Mai. („Frankfurter Zeitung.“) Das Ober-Bundesgericht hat die Verurteilung des englischen Anarchisten Turner abgewiesen, dem die Einwanderungsbehörden die Landung verweigert hatten, weil er ein offenkundiger Gegner des organisierten Staates sei.

Der Krieg in Ostasien.

Ueber den

Vormarsch der Japaner

wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Wulden telegraphiert: Die Japaner gehen gegen die Linie Niantang-Haitsheng-Tsaku vor, und zwar zögernd mit dem rechten, nachrücklicher mit dem linken Flügel. Auf beiden Flanken wird der Vormarsch der Japaner überwacht von starker russischer Kavallerie. Eine starke japanische Truppe geht gegen die erheblichen russischen Streitkräfte auf der Halbinsel Niantang vor. Es herrscht Regenwetter, die Wege sind sehr schlecht. — In Wulden ist alles friedlich.

Nach einer Neutermeldung ist die

Räumung Nutschwangs.

beendet worden mit Ausnahme der Zerstörung des Kanonenbootes „Sivutsh“, die erwartet wird.

Die Belagerung von Port Arthur

soll nach Shanghaier Meldungen von den Japanern forciert werden. Die Japaner zerstörten die Eisenbahn sieben Meilen rund um Pulantien. Port Arthur und Dalny werden fortgesetzt beschossen. Die russischen Truppen räumen Dalny. Die Besatzung von Port Arthur ist mühsam und bereit, bei der ersten Gelegenheit zu kapitulieren.

Die Neutralität Chinas.

Dem Reuterschen Bureau ist eine amtliche Mitteilung zugegangen, welche erklärt: Die chinesische Regierung bringt den fremden Regierungen zur Kenntnis, daß sie zu ihrem Bedauern von ihr missgünstigen Gerüchten gehört hat, nach welchen die chinesische Regierung aufhöre, die neutrale Haltung zu beobachten, welche sie stets bis jetzt seit dem Beginn des Krieges im fernem Osten eingenommen hat.

Die chinesische Regierung beauftragt daher ihre Vertreter im Auslande, diesen Gerüchten ein bestimmtes Dementi entgegenzusetzen und den Mächten die Versicherung zu geben, daß die Regierung, was auch immer eintreten sollte, die Absicht habe, eine streng neutrale Politik zu verfolgen.

Die Krise und die Maßnahmen der Regierung.

Auch aus Wien wird über die verheerenden Wirkungen der gewaltigen Industriekrise berichtet, die sich jetzt in Rußland immer mehr ausbreitet. Die Masse der Arbeitslosen, die buchstäblich nichts zu beißen haben und aufs höchste erbittert sind, wäpft mit jedem Tag. Die höchstigen Wohlthätigkeits-Anstalten werden in nie da-gewesener Weise in Anspruch genommen. Im Anschluß an die Arbeitslosigkeit der Industriearbeiterschaft leiden unter der Geschäftsstodung schwer die kleinen Handelsleute, die kleinen Beamten usw. Was unternimmt nun die Regierung, um die durch ihre Politik, durch den Krieg heraufbeschworene Not zu lindern? Aus öffentlichen Mitteln nicht das geringste! Auf die Aufforderung des Polizeihauptmanns fand eine Beratung der hiesigen Vertreter der Stadtbehörden statt, in der beschloffen wurde, daß das wohlhabende Bürgertum von nun an monatlich 2000 Rubel zur Erhaltung der Arbeitslosen beisteuern müsse. An die Verwendung der von der Arbeiterschaft und von allen Kreisen zwangsweise eingetribenen „freiwilligen Kriegsgeldern“ für die arbeitslosen Opfer des Krieges wurde dabei nicht gedacht.

Gewerkchaftliches.

Fliegende Streikbrecher-Kolonnen.

„Es ist alles schon einmal dagewesen!“ — dieses weise Wort Ben Albas findet wieder seine Bestätigung bei den neuesten Bemühungen der Berliner Bäckermeister, aus den Reihen der deutschen Bäckermeisteröhne fliegende Streikbrecher-Kolonnen zu bilden, die nach dem Kommando der Scharfmacher im Bäcker-gewerbe die Plätze der streikenden oder ausgesperrten Arbeiter einnehmen sollen. Die Scharfmacher im Holzgewerbe waren es nämlich, die vor nicht allzu langer Zeit als erste den famoson Plan ausgeführt hatten, aus den Reihen der deutschen Tischlermeisteröhne fliegende Streikbrecher-Kolonnen zu bilden. Die Sache war nach § 9 des Statuts des „Schutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen“ wie folgt gedacht:

„Wird ein Mitglied (des Schutzverbandes) von einem ungerechtfertigten Ausstande betroffen, so hat dasselbe Anspruch auf folgende Unterstützung:

1. In erster Linie sind demselben kostenlos und umgehend die nötigen Arbeitskräfte zu stellen. Zu diesem Zwecke hat der Generalvorstand ständig für eine möglichst große Zahl von Kräften zu sorgen, welche — (wie z. B. die Söhne und Anverwandten von Mitgliedern) — bereit und in der Lage sind, jederzeit ausbilsweise an die Stelle streikender Gesellen und Arbeiter treten zu können. Aus dieser Schutztruppe ist sofort bei Ausbruch eines Ausstandes die nötige Zahl von Kräften in das Ausstandsgebiet zu entsenden. Die Kosten trägt der Schutzverband.“

Den „Söhnen und Anverwandten von Mitgliedern“ (des Tischlermeister-Schutzverbandes) hatte man also die ehrenvolle Aufgabe zugebracht, als professionelle Streikbrecher im Reiche umherzuziehen und heute in Königsberg, morgen in Stuttgart streikenden oder ausgesperrten Arbeitern gegenüber Verräterdienste zu leisten! Eine schamlose Zumutung. Ganz abgesehen von der Absurdität, einer bestimmten Gruppe von Menschen zumuten zu wollen, ständig ein berufliches Romandeleben zu führen und gleichsam den Streikbruch im Umherziehen auszuüben.

Ob die Väter der „fliegenden Streikbrecher-Kolonnen“ die Albernheit ihres Vorzuges selbst eingesehen haben, oder ob aus den Reihen der „deutschen Tischlermeisteröhne und Anverwandten“ gegen die Zumutung Protest erfolgt ist, entzieht sich unsrer Kenntnis; genug: aus dem wenige Monate später erschienenen abgeänderten Satzungsentwurf des „Schutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen“ waren die fliegenden Streikbrecher-Kolonnen verschwunden, um jetzt bei den deutschen Bäckermeisteren wieder ihre fröhliche Auserstehung zu feiern. Werden die Bäckermeisteröhne die ihnen zugebacht enteprende Rolle übernehmen, um als Streikbrecher ein anrüchliches Dasein zu führen, oder werden sie mit Entrüstung gegen die ihnen zugemutete Schmach protestieren?

Allgemeiner deutscher Arbeitgeberverband. Die vom Centralverband deutscher Industrieller zur Wiederhaltung der Arbeitslöhne und Erhöhung des Kapitalprofites gegründete „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ erhält Zugang. Eine gestern im „Kaiserhof“ abgehaltene Versammlung gewerblicher Verbände hat beschlossen, eine „Freie Vereinigung von wirtschaftlichen bzw. Arbeitgeberverbänden“ zu begründen. Die „Freie Vereinigung“ will die auf eine Gesamtorganisation der Arbeitgeber gerichteten Bestrebungen unterstützen, indem sie, wie es heißt, für ihre Mitglieder einen gemeinsamen Kartellvertrag mit der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ abzuschließen sucht. Die vorläufige Geschäftsführung ist dem „Gesamtverband deutscher Metallindustrieller“ übertragen worden.

Zur Mitgliederbewegung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1903 ist der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands nachträglich der Jahresabschluss des Verbandes der Dötker zugegangen. Danach zählte der Verband Ende 1902: 6194 Mitglieder, Ende 1903: 6350. Er hat demnach um 156 Mitglieder zugenommen. Die der Generalkommission der Gewerkschaften am Schlusse des Jahres 1903 angehörenden 61 Verbände umfaßten also 945 126 gegen 702 419 Mitglieder am Jahreschluss 1902. Das bedeutet einen Zuwachs von 192 706 oder 25,6 Proz. Rechnet man die nach Jahreschluss der Generalkommission beigetretenen Organisationen der Gärtner (Allg. G.-B.), Wäpfer-Arbeiter und Portefeuillier hinzu, so erhöht sich die Jahreschlussziffer der zur Zeit der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften auf 950 082, gegen Ende 1902 ein Mehr von 197 663 Mitgliedern.

Seitdem hat sich der Aufschwung in erfreulicher Weise fortgesetzt; das beweist nicht bloß das fortwährende Steigen der Auflagen der Verbandsorgane, sondern es wird auch durch die Angaben vielfach erhöhter Mitgliederziffern in der amtlichen Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden bestätigt. Was die Auflagen der Fachorgane betrifft, so verzeichnen die „Metallarbeiter-Zeitung“ eine solche von 170 700, der „Grundstein“ 130 000, die „Holzarbeiter-Zeitung“ 90 500 und die „Vergarbeiter-Zeitung“ 80 000. Es geht also vorwärts!

Berlin und Umgebung.

Aus dem Reiche der „Großen Versauer“. Vor einigen Tagen fand die halbjährliche Vertrauensmänner-Konferenz für das Straßenbahnpersonal im Direktionsgebäude am Leipzigerplatz statt. Bekanntlich dienen diese Konferenzen dem Zweck, den Vertrauensmännern des Personals Gelegenheit zu geben, ihre dienstlichen Wünsche und Beschwerden der Direktion persönlich vorzutragen. Bis vor kurzem setzte sich die Vertrauensmänner-Körperschaft zum weitesten größten Teile aus Mitgliedern der Straßenbahner-Organisation (Sektion des Handels, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes) zusammen. Waren auch die Straßenbahner bei weitem nicht alle organisiert, sondern in ihrer Mehrheit Mitglieder des von der Direktion auf das wärmste protegerten „Acker-Vereins“, so gaben sie bei den Vertrauensmännerwahlen doch meistens den Verbandskandidaten ihre Stimme, wohl wissend, daß sie von diesen weit eher eine freimütige Vertretung ihrer Interessen der Direktion gegenüber zu erwarten hatten, als von den pflanzenweidlichen Vereinsaspiranten für Kontrollposten. Die Direktion fand sich mit dieser Thatsache bislang denn auch wohl oder übel ab,

So unangenehm ihr die „Verbandsbrüder“ auch sein möchten. Bei den Konferenzen brachten die Vertrauensleute ihre Wünsche denn auch immer offen und rücksichtslos vor, stets aber lehnte die Direktion dieselben als unbillig oder zu weitgehend oder weil verunreinigt nur aus agitatorischen Gründen gestellt in der Hauptsache ab. Die Leiter des „Aichervereins“ wählten ihren Mitgliedern nun klar zu machen, daß das ablehnende Verhalten der Direktion lediglich auf das „zu wenig respektvolle“ Benehmen der „Verbandsbrüder“ zurückzuführen sei. Wenn man als braver Vereiner ergebenst bitte würde, so meinten sie, dann sei es auch ein leichtes, die Direktion den Wünschen der Angestellten geneigt zu machen, und das um so eher, als die Direktion dem „Aicherverein“ doch stets die größte Sympathie entgegengebracht habe. Wie weit diese Sympathie tatsächlich ging, bewies die Tatsache, daß höhere Beamte eine äußerst rege Agitation für den Aicherverein einleiteten und den Mitgliedern allerlei Vorteile und Vergünstigungen in Aussicht stellen ließen, gleichzeitig aber eine Anzahl Vertrauensleute wegen ihrer Thätigkeit für den verhassten Verband gemahrigelt wurden. Infolge dieser Maßregelungen verzichtete die Straßenbahner-Organisation vor einigen Monaten auf die Aufstellung von Vertrauensmanns-Kandidaten, weil niemand würdig seine Existenz aufs Spiel setzen wollte. Darob herrschte eitel Freude und Wonne im Aicherverein und bei der Direktion nicht minder, glaubte man doch den III. sozialdemokratischen Verbändlern die fernere „aufreizende“ Verthätigung unmöglich gemacht zu haben. Bei der folgenden Vertrauensmännerversammlung wurden dann auch meistens treuzbrave Aicherleute gewählt, und es war gar kein Zweifel daran: diese würden durch ein höfliches Auftreten und ergebnis-respektvolles Witten — wie sich das für einen gut dressierten Straßenbahner gehört — sicher alles von der allgütigen Direktion bewilligt erhalten, was den rabiaten Verbändlern abgelehnt wurde. Man formulierte also die ergebenden Wünsche und bat. Und die Direktion? Nun sie lehnte auch diesmal alles was irgend eine Bedeutung war, kühl und gelassen ab. Eine Herabsetzung der Dienstzeit für Schaffner auf 10 Stunden und für Fahrer auf 8 1/2 Stunden, erklärte Herr Marhold, sei nicht angängig. An eine Verkürzung der Arbeitszeit sei in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu denken, denn die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft (!) lasse dies nicht zu. Ebenförmig könne eine Erhöhung des Tagelohnes der Ersatzleute auf 3 M. und Gewährung von zwei freien Tagen im Monat mit Gehalt zugewilligt werden, weil derartige bei keiner anderen Verwaltung, z. B. der Eisenbahn, üblich sei. Die Direktion wunderte sich im übrigen sehr über die Wünsche und mußte zu verstehen geben, daß die Angestellten zu anspruchsvoll wären. Alles, was von den Wünschen berechtigt sei, werde nach wie vor in wohlwollendster Weise geprüft werden. Und damit waren die neuen Vertrauensleute in Gnaden entlassen! Doch halt, ein Vorfall sei noch erwähnt, der für die Beurteilung des im Aicherverein gepflegten Geistes zu charakteristisch ist, um hier übergehen zu werden. Der Schaffner Schmidt vom Bahnhof Kreuzberg beantragte nämlich, man möge den älteren Angestellten als Auszeichnung für ihre langjährigen Dienste doch — Orden und Ehrenzeichen verabfolgen! So z. B. Sterne und Sägen am Kragen und nach 25jähriger Thätigkeit eine Verdienstschlange! Als mehrere seiner Kollegen ob dieses Vorschlags denn doch zu lachen anfingen, meinte Herr Direktor Marhold, der Vorschlag sei keineswegs so lächerlich, sondern sehr erwägenswert. Die Direktion schützte ihre Pappentziffern ganz richtig ein und es sollte nicht wundern, wenn sie ihre Angestellten anlaßt der vergeblich erbetenen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Schnallen- und Metallkettel-Platz beglückt; das löst nicht viel und stärkt die Stille derer, die nicht alle werden. Ob aber das Gros der Straßenbahner von dem diesmaligen Verhalten der Direktion mehr erbaut ist als von dem früheren, kann wohl stark bezweifelt werden. Vielleicht kommen nun auch die Mitglieder des Aichervereins allmählich zu der Ueberzeugung, daß ihre Interessen am zweckmäßigsten in einer Kampfesorganisation, nicht aber in einem von Aktionärs-Günstlingen geleiteten Vereinigungsclub gewahrt werden.

Zur Lohnbewegung der Berliner Droschkenhilfsler. 210 Kutscher hatten vorgestern ihre Vertrauensmänner zu einer Versammlung nach den Industrie-Sälen, Weuststraße, entsandt, um über das weitere Vorgehen gegen die Lohnfuhrwerks-Jumung zu beraten, da diese alle Verhandlungen mit der Schlichtungskommission als zwecklos abgebrochen hat. Der Referent Wecker führte aus: Das Angebot der Jumung, 1 M. Grundlohn und 30 Proz. der Einnahme zahlen zu wollen, sei nicht ernst zu nehmen und der weitere Vorschlag, bei 13 M. Einnahme einen Tagelohn von 2 M. und 25 Proz. sowie bei einer Einnahme von über 10 M. einen Grundlohn von 1.50 M. und 30 Proz., unter dieser Einnahme aber nur 25 Proz. zu gewähren zu wollen, sei völlig unannehmbar. Er müsse schon aus dem Grunde abgelehnt werden, weil sich bereits 87 Fahrer freiwillig dazu verstanden hätten, bereits bei 12 M. Einnahme einen Grundlohn von 2 M. und 25 Proz. zu gewähren. Nachdem alle Diskussionsredner sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt hatten, sagte die Versammlung einstimmig den Beschluß, an der Forderung eines einheitlichen Minimallohnes von 1.50 M. Grundlohn und 25 Proz. der Einnahme sowie bei einer Einnahme von 10 M. und darüber 30 Proz. und 1.50 M. Lohn festzuhalten. Ferner wurde die Schlichtungskommission beauftragt, das Einigungsamt des Berliner Gewerbebezirks anzurufen und in kürzester Zeit einen Schiedsspruch herbeizuführen.

Zum Streik der Straßenbahn-Werkstättenarbeiter. Die bereits berichtet sind am Montagmittag fast die gesamten Arbeiter der Hauptwerkstätten in den Ausnahmestunden getreten. Gestern fand nun eine Verhandlung im Direktionsgebäude am Leipzigerplatz zwischen der Arbeiterkommission einerseits und dem Ministerialdirektor Mide, dem Betriebsdirektor Marhold sowie dem Oberingenieur Vixen, an anderer Stelle statt. Nach etwa dreistündiger Aussprache erklärte sich die Direktion bereit, die ursprünglichen Forderungen der Ausständigen, Einstellung der entlassenen Arbeiter, Lohnbegünstigung für Arbeiter außerhalb des Accords, Zeitverlustentschädigung beim Warten auf Material, Einrichtung genügender Ventilation und Unfallverhütungsvorrichtungen, Ausbesserung der Accordpreise, Lieferung genügender brauchbaren Werkzeuges, Herstellung eines Brennaparates mit Abzug, Einrichtung einer Kantine und Zuführung anständiger Behandlung — zu bewilligen; dagegen lehnte sie die während des Streiks nachträglich gestellte Forderung auf eine Lohnerhöhung für die im Zeichen- und Maschinenbau beschäftigten Arbeiter sowie für die Hilfsarbeiter unter Hinweis auf die vorjährige „Lohnregulierung“ ab. Als aber die Kommission die unterschriftliche Bekräftigung der gemachten Zugaben erbat, da suchten die Herren auszuweichen, indem sie ziemlich piquiert meinten, ihren Versprechungen könnten die Arbeiter auch ohne Unterschrift vertrauen. Sie stellten schließlich die nachträgliche Unterzeichnung in Aussicht, wenn die Arbeiter am heutigen Mittwochmorgen die Arbeit wieder aufnehmen würden.

In der gestrigen Streikversammlung gab die Kommission den Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Die Streikenden waren jedoch der Ansicht, das beteuerte „Wohlvollen“ der Direktion gegen die Arbeiter rege sich nur dann, wenn diese erst in einen der Direktion unangenehmen Streik eintreten. Zugaben „von oben“ seien schon seit Jahren gemacht worden, ohne daß deren Innehaltung erfolgt wäre. Daher beschloß die Versammlung einstimmig: Bevor nicht die unterschriftliche Anerkennung der Forderungen und damit die offizielle Verpflichtung zur Abhilfe der vorhandenen Mängel erfolgt ist, wird die Arbeit nicht wieder aufgenommen.

Mit diesem Beschluß treten auch gleichzeitig die Werkstatt-Arbeiter der einzelnen Bahnhöfe mit in den Ausnahmestunden ein; die anwesenden Nachschichtarbeiter gingen gestern abend schon nicht mehr zur Arbeit.

Allgemeine Entrüstung herrschte in der Versammlung auch über die unwahren Streikberichte der bürgerlichen Presse. So finden sich im „Berliner Tageblatt“, der „National-Zeitung“ etc. und nicht zu vergessen in der unter dem Diamant der Arbeiterfreundlichkeit marschierenden „Berliner Morgenpost“ ganz einseitig im Unternehmerinteresse entworfene Berichte über die Ursachen und den bisherigen Verlauf des Streiks. Offenbar sind diese irreführenden Notizen, in denen alle Schuld an dem Streik einzig und allein den Arbeitern in die Schuhe geschoben wird, von der Direktion der „Großen Berliner“ selbst in die Presse lanciert worden. Der Transportarbeiter-Verband hat mit dem Auslande nicht das mindeste zu thun, dafür kommen aber eine Anzahl anderer Organisationen in Frage und zwar: die Verbände der Metall- und Holzarbeiter, der Schmiede und Radierer, die Metallarbeiter-Gewerkschaft sowie der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft. Die hier organisierten Arbeiter haben endlich einmal Ernst gemacht.

Deutsches Reich.

Bierhott in Hamburg. Der Centralausschuß der Gastwirte-Vereine Hamburg-Altonas hatte vor kurzem den Versuch einer Vermittlung zwischen den Brauereien und den Brauerei-Arbeitern unternommen. Dieser Versuch ist gescheitert. Der Obmann der Gastwirte hat nämlich von dem „Versicherungsverband“ der Brauereien folgendes Schreiben erhalten:

„Hierdurch teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß der Versicherungsverband der Brauereien es ablehnt, auf der vorgeschlagenen Basis, nämlich: 1. fast unveränderte Aufrechterhaltung der von den Brauereien als indiskutabel und unannehmbar bezeichneten Forderungen; 2. Wiedereinführung der Arbeitsnachweis-Verhältnisse wie vor dem Ausnahmestand; 3. Entlassung sämtlicher während des Streiks eingestellten Arbeiter gegen Wiedereinstellung aller Ausständigen; in Unterhandlung mit den Ausständigen zu treten.“

Darauf ist gestern durch Beschluß der Gewerkschaftskarteile von Hamburg, Altona und Wandsbek über fast sämtliche dortigen Brauereien der Hott verhängt worden. Anerkannt haben bisher nur folgende Brauereien die Forderung, weshalb sie als geregelt gelten: J. H. Postelmann, Destillation der Gast- und Schankwirthschaft Hamburg, C. B. in Barnbeck (nicht zu verwechseln mit Vereinsbrauerei Hamburg-Altonaer Gastwirte), Ottenfener Dampf-Brauerei Nish. J. W. Behn und Brauerei Hellbrook bei Hamburg. Zugewogen von Brauern, Käufern, Hilfsarbeitern, Flaschenkeller-Arbeitern, Kutschern, Stallentern, Maschinisten, Heizern und Brauerei-Handwerkern, von Schmieden, Schuhmachern, Kutschern, Stellmachern nach Hamburg ist ferngehalten!

Aussperrung im Baugewerbe zu Nürnberg-Gärth. Nachdem die Forderungen der Bauhandwerker von dem mittelfränkischen Unternehmerverband mit einigen nichtsagenden Zugeständnissen beantwortet waren, lehnte eine Arbeiterversammlung die letzteren ab und beschloß, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Als dann in voriger Woche in einzelnen Betrieben wegen Differenzen die Arbeit eingestellt wurde, sahen die dem Verbande angehörenden Unternehmer den Beschluß, am Freitagabend sämtliche Bauten zu schließen. Dieser Beschluß wurde auch größtenteils durchgeführt, nur ein Teil der Unternehmer verhielt sich zaudernd, da sie offenbar von der nachhaltigen Wirkung dieses Zwangsmittels nicht überzeugt waren. Von der Arbeiterorganisation wurde inzwischen alles auf den aller Vorräthig nach bevorstehenden Kampf vorbereitet. Da änderte sich plötzlich die Lage. An die Lokalkommission der Aussperrten wurde die Anfrage gestellt, ob sie nicht geneigt wären, auf Verhandlungen, bei denen der erste Bürgermeister, Herr v. Schuß, den Vorsitz führe, einzugehen. Dies wurde zugestanden, da den Arbeitern von vornherein die Absicht, durch Halsstarrigkeit die Dinge auf die Spitze zu treiben, fern lag. Am Montagvormittag fand nun die Unterhandlung statt, wobei wiederum die Arbeitervertreter die Versöhnlicheren waren. Die Kommission bestand außer Herrn v. Schuß aus dem Vorsitzenden des Gewerbebezirks und je vier Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer. Nach dreistündigen Debatten einigte man sich einstimmig auf folgende Punkte: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für die Sommermonate 57 Stunden, die Mittagspause 1/2, die Frühstücks- und Vesperpause je 1/2, Stunde. Vom 1. Juni 1904 ab beträgt der Stundenlohn 48 Pf., vom 1. Januar 1905 48 und vom 1. Juli 1905 50 Pf. Diesen Lohn erhalten gelernte volljährige Maurer. Befordert waren 54 Stunden Arbeitszeit und 50 Pf. Stundenlohn. Die Steinbauer, deren Arbeitszeit durch Bundesratsverordnung auf 54 Stunden wöchentlich festgesetzt ist, erhalten ab 1. Juni 50 Pf. Stundenlohn, der ab 1. Januar 1905 auf 52, ab 1. Juli 1905 auf 54 Pf. steigt. Diese Sätze haben als Mindestlöhne zu gelten. Wo bisher mehr gezahlt wurde, gelten die alten Löhne weiter. Das Uebereinkommen ist für beide Teile bis zum 1. Juli 1906 gültig. Es wird angenommen, daß die Zimmerleute ihre Verhältnisse in der gleichen Weise ordnen werden.

Diese Vereinbarungen wurden in einer Versammlung der Aussperrten gegen 8 Stimmen angenommen. Am Dienstagmittag findet eine Versammlung der Unternehmer statt, die zu der Frage Stellung nehmen wird. Wird auch hier eine Zustimmung erzielt, was als wahrscheinlich gelten kann, so ist die Aussperrung am Mittwoch zu Ende.

Achtung, Stultaneure. In Plauen im Voigtlande haben ca. 80 Stultaneure die Arbeit niedergelegt. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck dieser Notiz gebeten. Zugewogen ist ferngehalten.

Ein Straßenbahnstreik ist am Sonnabend in Krefeld ausgebrochen, der Verleht wird nur nach den Augenorten, und zwar in nordöstlicher Weise durch die Kontrolleure und einige Arbeitswillige aufrecht erhalten. Im Innern der Stadt ruht der Betrieb vollständig. Die Direktion versucht mit allen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen, doch hatte sie bis jetzt nur sehr wenig Erfolg. Wenden die Ausständigen, von denen leider keiner einer Organisation angehört, nur einige Tage fest, so ist die Gesellschaft gezwungen, die Forderungen der Streikenden anzuerkennen, denn in dem Vertrage, den die Stadt Krefeld mit der Gesellschaft abgeschlossen, heißt es, daß die Gesellschaft die Verpflichtung hat, den Betrieb aufrecht zu erhalten, widrigenfalls der Vertrag gelöst ist. Die Hauptforderungen der Ausständigen bestehen darin, daß sie alle acht Tage einen freien Tag verlangen. Jetzt haben sie erst den zehnten Tag frei. Ferner fordern sie eine Lohnerrhöhung für Schaffner von 2.60 M. auf 2.90 M., für Fahrer von 3 M. auf 3.80 M. Zudem soll eine Steigerung des Lohnes in der Weise stattfinden, daß die Schaffner nach 20 Dienstjahren einen Höchstlohn von 4 M. und die Fahrer von 4.50 M. erreichen.

Legirbeiterstreik in Elberfeld. In der Weberei von Julius Engels u. Co. in Elberfeld sind sämtliche Weber wegen Lohnabzug in den Ausnahmestunden getreten. Die Bemühungen der Arbeiter, die Differenzen auf gutem Wege auszugleichen, scheiterten an dem mangelnden Entgegenkommen der Firma. Vorgesessen morgen ließ Herr Engels die Lohnkommission rufen und sandte denn auch Beilegungsversuche statt, indem die Arbeiter in eine Lohnkürzung einwilligten, jedoch nicht in der Höhe, wie der Unternehmer es verlangte.

Versammlungen.

Centralverband der Schmiede. Die Zahlstelle Berlin des Schmiedeverbandes hielt am 18. Mai in Kellers Festsaal eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, die sich hauptsächlich mit der Frage der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit befaßte. Wie der Referent Siering erwähnte, ist die zehnstündige Arbeitszeit für das Schmiedegewerbe in Berlin bereits vor 16 Jahren eingeführt worden; sie besteht jedoch

bis jetzt noch nicht einmal in allen Werkstätten. In diesen Werkstätten, namentlich in den Vororten, wird noch 11, ja sogar 12 Stunden täglich gearbeitet, abgesehen von der Ueberzeitarbeit, die manche Schmiedegewerkschaften überhaupt nicht kennen. Ihren Arbeitgeber für eine Tasse Kaffee, für ein Glas Bier oder Schnaps zu leisten. Der langen Arbeitszeit entsprechen die erbärmlichen Löhne. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle hat sich in wenigen Jahren fast verdreifacht und beträgt jetzt über 1600. Die Konjunktur ist nicht ungünstig. Gleichwohl rief der Referent von einer Lohnbewegung ab, hauptsächlich deswegen, weil die Organisation gerade in den hier in Betracht kommenden Kleinbetrieben noch nicht stark genug ist und ein großer Teil der dort thätigen Arbeiter noch in so rücksichtlosen Anschauungen befangen ist, daß sie ein solches Hindernis bilden würden. Außerdem erscheint es notwendig, erst eine zuverlässige Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzunehmen, um eine Grundlage für die Bewegung zu schaffen. — Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. — Außerdem wurde die Wahl eines Bureaubeamten vorgenommen und als solcher Hentschel auf ein Jahr wiedergewählt. — Ein Antrag auf Unterstutzung der streikenden Vergelder wurde der Ortsverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen.

Eine Versammlung der Kellerarbeiter (Sektion des Centralverbandes der Handels- und Transportarbeiter), welche sich mit den elenden Arbeits- und Lohnverhältnissen in diesem Berufe beschäftigte, nahm eine Resolution an, in der es unter anderem heißt: „Die Versammelten erklären den streikenden Arbeitern in den Bäckereigewerbe ihre volle Sympathie und verpflichten sich, die Streikenden nach besten Kräften moralisch zu unterstützen.“

Der Sozialdemokratische Wahlverein für Mariendorf und Umgebung hielt im Lokale von Reichardt eine gut besuchte Versammlung ab. Genosse Jubel sprach über die Werbestraft des Sozialismus. Auf Antrag des Vorstandes wurde das bisherige Mitglied Eugen Kleist aus unserm Wahlverein ausgeschlossen. Ferner wurde beschlossen, bei jeder Agitationstour eine Kontrollkarte zu haben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oesterreich, Rußland und die Türkei.

Budapest, 17. Mai. (W. T. U.) Der Ausschuß der ungarischen Delegation für die auswärtigen Angelegenheiten nahm das Budget des Auswärtigen an. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski auf die Ausführungen verschiedener Redner, welche die in dem Ergoße enthaltenen auf die Türkei bezüglichen Ausführungen als allzu scharf bezeichnet hatten, er sei hierüber überreift; er habe die Türkei nur vor jener Politik gewarnt, die sie unbedingt zum Niederknien führen müßte, wenn nicht dasjenige durchgeföhrt werde, was nicht nur im Interesse der eigenen Erhaltung, sondern auch im Interesse des Friedens und der Richtigkeit Vereinbarungen verlangt wurde.

Der Minister erklärte weiter, er wolle sich in keine Prophezeiungen einlassen, was geschehen würde, wenn die Türkei sich als unverbesserlich erweise, dann trete eben der Zusammenbruch ein. Der Redner verwahrt sich gegen den Ausdruck des Delegierten Lovassy, als ob wir Vandalenmenschen für eine andere Macht leisten würden und als ob Rußland uns die Erhaltung der Ruhe auf dem Balkan bis zu dem Augenblicke überlasse, wo es, da es gegenwärtig im äußersten Osten engagiert ist, wieder frei sein wird. Das Jahrhundert alte orientalische Problem geht seiner Lösung entgegen. Diese ist um so weniger gefährlich, wenn sie sich etappenweise vollzieht und nicht als Katastrophe auftritt. Wenn die Türkei ihre Interessen verzieht und die Zustände wirklich besser, sehe ich nicht ein, warum dieser Prozeß nicht noch lange dauern soll.

Ich kann nur erklären, daß die Forderungen des Kriegsministers in keinem Zusammenhange stehen mit der auswärtigen Lage, die gegenwärtig vollkommen friedlich, zu keinen Verorganismen Anlaß gibt.

Der Dreibund in der italienischen Kammer.

Rom, 17. Mai. (W. T. U.) Die Deputiertenkammer. Das Haus nimmt die Befragung der Interpellationen über die auswärtige Politik wieder auf.

Chimirri spricht seine Freude darüber aus, daß künftig niemand mehr an dem friedlichen Charakter des Dreibundes zweifeln werde, sowie an der Möglichkeit, diesen in Einklang zu bringen mit den wieder erneuerten freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich. Dies sei deutlich an den Tag gelegt durch die gleichzeitige Anwesenheit des Kaisers Wilhelm und des Präsidenten Loubet in Italien und durch den herzlichsten Empfang, der jedem von ihnen zu teil wurde. Chimirri weist ferner auf die Wohlthaten des Dreibundes hin, der Italien gestatte, in Ruhe seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und seine volkswirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. Vargliati weist darauf hin, daß Oesterreich-Ungarn sich ununterbrochen auf dem Balkan ausdehne, besonders, daß es seine Eisenbahnen in der Richtung auf Saloniki weiter ausbaue. Das Abkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bilde den Vorwand zu einer Teilung dieser Gebiete. Vargliati fügt hinzu, Oesterreich-Ungarn verhehle nicht, daß es unter gewissen Umständen bereit sei, einen militärischen Spaziergang nach diesen Gegenden zu unternehmen. Redner wünscht die Absichten der italienischen Regierung in dieser Frage zu erfahren.

Gegen den Imperialismus.

London, 17. Mai. (W. T. U.) Unterhaus. In der Debatte über die zweite Lesung der Finanzbill bellagte Harcourt im Laufe einer längeren Rede, die er als die letzte bezeichnen wollte, die er an das Haus richte, das Antwochen der Ausgaben und beschwor das Land, „halt“ zu rufen. Was zu diesem Antwochen der Ausgaben führe, das er verdamme, sei der Geist der Invasion, der Annexion und der Einfälle in jeden Winkel und der Geist der Vergeltung und Grobprecherie sowie der Appelle an die internationale Eifersucht. Das seien Kräfte, die Unwissenheit täuschen könnten, aber ein kostspieliger Luxus. Die Früchte dieser Politik seien ruhmlose Ausgaben, vermehrte Schulden und eine unerträgliche Besteuerung.

Bremerhaven, 17. Mai. (W. T. U.) Der Hochdampfer „Walz“ wurde an die Hamburg-Ostafrika-Linie verkauft. Magdeburg, 17. Mai. (W. T. U.) Die Strafkammer beurteilte den vorbestraften Schreiber Eckeborn aus Halberstadt wegen Majestätsbeleidigung in zwei Fällen und zweier kleiner Jockprellereien zu 2 Jahren 3 Monaten 30 Tagen Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

London, 17. Mai. (W. T. U.) Oberhaus. Im Fortgange der Sitzung lenkte Spencer die Aufmerksamkeit des Hauses auf die jüngsten Ereignisse in Tibet und wünschte Aufklärung über die zukünftige Politik der Regierung. Der Staatssekretär des Auswärtigen Marquis of Lansdowne erklärte, die Politik der Regierung sei unverändert; die Regierung habe alles Mögliche gethan, um die Mittwirkung und Zustimmung der chinesischen Regierung zu erhalten, aber die Fähigkeit der chinesischen Behörden, England beizustehen, und das Maß, inwieweit das geschehen solle, liegt in der Macht des Amkabs, der gegenwärtig mehr oder minder Gefangen in Chassa ist. Was die gegenwärtigen Operationen angehe, so müsse sich die Regierung eine gewisse Discretion vorbehalten, um diese Operationen zu einem Abschluß zu bringen, der für England befriedigend und ehrenhaft ist. Der Gegenstand wurde sodann verlassen.

Paris, 17. Mai. (W. T. U.) Die Deputiertenkammer beschloß, am nächsten Donnerstag die Budgetkommission zu wählen und am Dienstag die Beratung der Vorlage betreffend die zweijährige Militärdienstzeit zu beginnen.

Genes, 17. Mai. (W. T. U.) Hier ist der bekannte Finanzmann Eugen Fontoux gestorben.

Partei-Nachrichten.

Gustav Defnet, der sozialistische Abgeordnete für Namur, ist am Sonntag einem Schlaganfall erlegen. In ihm verliert die belgische Socialdemokratie einen ihrer tüchtigsten und eifrigsten Organisatoren. Defnet wurde am 25. Dezember 1858 in Namur geboren. Von Beruf war er Schriftsetzer und ist als solcher in hervorragender Weise für seine Gewerkschaft thätig gewesen; noch bis zuletzt war er Sekretär des belgischen Typographenbundes. Aber auch schon frühzeitig wurde er Anhänger des Socialismus. Mitbegründer der belgischen Arbeiterpartei trat er 1885 mit Jean Bolders, César De Baese, Louis Bertrand und anderen zusammen in das Comité du Peuple ein, welchem die Aufgabe wurde, ein Organ für die belgischen Socialdemokraten zu schaffen. Er selbst trat in die Redaktion ein und gab außerdem noch eine Wochenchrift, den „Vorwärts“, heraus, den er fast allein verfasste. Er war Mitglied des Generalsrats der Partei (Partei-Vorstand) und zwar hat er längere Zeit die Funktionen des Sekretärs ausgeübt. 1894 wählte ihn die Stadt Namur in die Deputiertenkammer, wo er sich bald auch bei den Gegnern großer Beliebtheit und Achtung erfreute; 1890 wurde ihm die Ehre zu teil, als Sekretär in das Bureau der Kammer gewählt zu werden (in Belgien hat selbst die liberale Mehrheit so viel Gerechtigkeitsgefühl, den Socialisten eine entsprechende Vertretung im Bureau zuzulassen zu lassen). Dem Gemeinderat von Saint Gilles, einem Vorort von Brüssel, gehört Defnet seit dem Jahre 1890 an; im Januar dieses Jahres übernahm er das Amt eines Schöffen für öffentliche Arbeiten, ein sehr wichtiger, aber arbeitsreicher Posten. Defnet ist auch den Besuchern der internationalen Kongresse eine bekannte Persönlichkeit; er war in Paris und London, und auf dem Brüsseler Kongress fungierte er als Präsident. Der Tod ereilte ihn mitten in der Arbeit. Er war am Sonntag in Namur gewesen, um einer Sitzung von Kandidaten zu den Provinzialräten beizuwohnen und war im Begriffe nach dem Bahnhof zu gehen, als er vom Schlag getroffen zusammenbrach und sofort tot war. Ein kurzes, aber inhaltreiches Leben hat mit Defnet aufgehört zu sein.

Totenliste der Partei. Ein tapfter Kämpfer für die Sache des Proletariats starb in Offen in der Person des Metallarbeiters Fritz Klee. Seine Werbetätigkeit für die Partei und für seine Gewerkschaft verschaffte ihm oft — Arbeitslosigkeit. Überall, wo er Arbeit fand, war er Abnehmer für die Parteipresse, und wo die neuen Abonnenten noch zum offenen Bezuge der Zeitung zu ängstlich waren, da besorgte Klee die Zustellung selber. Er war einer von denen, die in stiller Werbetätigkeit oft mehr neue Kämpfer gewinnen wie der glänzende Redner. Die Schwindsucht raffte ihn dahin. Die Parteigenossen werden sein Andenken in Ehren halten.

Zur Agitation unter der polnischen Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist den Vertrauensleuten der socialdemokratischen Partei des Reviers folgende Zuschrift zugegangen: Werte Genossen!

Seit langem machte sich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet das Bedürfnis geltend, die socialdemokratische Agitation unter der polnischen Arbeiterbevölkerung planmäßig und einheitlich zu führen. Um diesem Ziele näher zu kommen, hat am 3. April dieses Jahres in Oberhausen eine Konferenz von Delegierten und Vertrauensleuten der rheinisch-westfälischen Mitglieder der polnisch-socialistischen Partei Deutschlands stattgefunden. Die Konferenz hat eine Agitationskommission eingesetzt, deren Hauptaufgabe ist, für die ständige Ausbreitung der socialdemokratischen Grundzüge innerhalb der polnischen Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch polnische Volksversammlungen, Flugblätter, Unterstützung der socialdemokratischen Kandidaturen bei Wahlen usw. zu sorgen. Die Kommission hat die Aufgabe, wo irgend möglich, polnische Arbeitervereine zu gründen, die der polnischen Partei-Organisation anzuschließen wären. Schließlich hat die Konferenz die Kommission beauftragt, ständige Beziehungen zu der Organisation der deutschen Genossen zu unterhalten.

Mit socialdemokratischem Gruß! Für die rheinisch-westfälischen Agitationskommission der Polnischen Socialistischen Partei.

Stefan Tuszyński, Styrum. Die Errichtung eines großen eignen Versammlungstales wird von den Parteigenossen Hamburgs geplant. Nach der Abmündung im ersten Kreise zu schließen, die 1897 für und nur 78 gegen den Plan ergab, dürften die Genossen sich ziemlich ausnahmslos dafür erklären.

Parteipresse. Das „Aachener Volksblatt“, das als Kopfbild der „Rheinischen Zeitung“ wöchentlich dreimal erscheint, wird am 1. Juli aufhören zu erscheinen. Die Aachener Genossen wünschen ein täglich erscheinendes Blatt und werden deshalb die „Rheinische Zeitung“ einführen.

Aus Industrie und Handel.

Zweiter allgemeiner deutscher Bankierstag. In der gestern abgehaltenen Sitzung wurde über das Reichsstempelgesetz (Worstenersteuergesetz) verhandelt. Es referierten Bankdirektor Kohnen in Berlin, Max Warburg in Hamburg und Verthold Krons in Berlin, worauf eine Resolution zur Annahme gelangte, welche die dem Reichstage zugegangene Vorlage zur Abänderung des Reichsstempelgesetzes für unzulänglich erklärt und folgende Forderungen aufstellt: 1. daß die Umsätze in Reichs- und Staatsanleihen vom Umsatzstempel befreit werden, 2. daß mindestens auf die Höhe zurückgegangen werde, welche im Gesetze vom 27. April 1894 festgesetzt waren; 3. daß der Transitverkehr in ausländischen Effekten ermöglicht werde durch Wiederherstellung des § 2 Absatz 1 in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1891 und durch entsprechende Änderung der Anmerkung zu Tarifnummer 1 und 2 Absatz 1, sowie ferner, daß alle Umsätze unter 600 M. vom Umsatzstempel befreit werden.

Darauf wurde der Bankierstag von Herrn Justizrat Nieher mit dem üblichen Hoch auf den Kaiser geschlossen.

Der Uebergang der Berliner Bank an die Deutsche Bank stößt bei den kleineren Aktionären des erstgenannten Instituts auf viel schärferen Widerstand, als sich gleich nach dem Bekanntwerden des Vereinigungsprojektes erkennen ließ. Vielleicht wird die zum 31. d. M. einberufene Generalversammlung der Berliner Bank noch manche Ueberraschungen bringen. Von allen Seiten gehen der „Mannheimer Zeitung“, wie sie berichtet, aus den Aktionärkreisen der Berliner Bank Zuschriften zu, die in mehr oder weniger scharfen Worten zum Ausdruck bringen, daß man die den Aktionären der Berliner Bank gebotene Abfindung für unzureichend hält. Es wird darin verlangt, daß die Aktionäre sich organisieren sollen, um eine Erhöhung dieser Abfindung durchzusetzen, wie sie dem inneren Wert der Aktien entspreche. In einer dieser Zuschriften wird von einem Berliner Aktionär, dem man Einblick in die inneren Verhältnisse des Instituts zuschreiben darf, verfährt, daß selbst bei rigoröser Abschreibung sich für die Aktien der Parivert ergebe. Das reguläre Bankgeschäft des Instituts und namentlich seiner Depositenkasse gelte für sehr gut. Ferner wird in den Aktionen freies darüber gesagt, daß der Aufsichtsrat, der für das Institut stets nur sehr wenig geleistet habe, jetzt nicht mit mehr Energie für eine bessere Abfindung eingetreten sei und nicht einmal durchgesetzt habe, daß die Deutsche Bank eine Dividende für 1904 sowie eine angemessene Konversionsprämie zahle, die, wenn man dem inneren Wert der Aktien gerecht werden wolle, mit mindestens 5 Proz. verlangt werden müsse. Dafür würden die

Aktionäre der Berliner Bank, falls man eine Gegenleistung verlange, darauf verzichten, daß der bisherige Vorsitzende ihres Aufsichtsrats, Herr Kommerzienrat Lukas, in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank eintritt. Auch wird von dieser Seite behauptet, daß für die Vermittlung des Verkaufs an die Deutsche Bank eine sehr hohe Provision gezahlt werde.

Jedenfalls wird man mit einer ziemlich starken Opposition in der bevorstehenden Generalversammlung zu rechnen haben. Um ihr zu begegnen, scheinen schon jetzt Vorbereitungen getroffen zu werden. So kündigt z. B. ein süddeutsches Bankinstitut an, als Hinterlegungsfelle für die Aktien der Berliner Bank in der Lage zu sein, für jede bei ihm angemeldete Aktie eine Vergütung von 2 M. zu gewähren. — Auch aus Darmstadt wird gemeldet, daß Interessenten der Fusion Deutsche Bank-Berliner Bank sich Aktien der letzteren für die Generalversammlung dadurch zu verschaffen suchen, daß sie auf solche Stücke den Besitzern ein Leihgeld von 2 pro Mille, also 2 M. pro Aktie anbieten.

Die Entwicklung der amerikanischen Kohlenindustrie. Trogdem die Eisen- und Stahlindustrie der Vereinigten Staaten von Amerika infolge des schlechten Geschäftsganges viel weniger Kohlen im letzten Jahr verbraucht hat als im Jahre 1902, hat dennoch die amerikanische Kohlenproduktion wiederum eine beträchtliche Steigerung erfahren. Nach der soeben erschienenen Statistik wurden nämlich 279,7 Millionen Tonnen Weichkohlen und 66,8 Millionen Tonnen Hartkohlen (Anthracit) gefördert. Seit 1880 hat sich der Produktions-ertrag verdreifacht. In den Jahren von 1880 bis 1900 incl. steigerte sich die Totalausbeute des Landes an Kohle von 71 070 148 auf 207 089 182, somit um 196 019 030 Tonnen oder um 276 Proz., und der Süden vermag für die gleiche Zeit eine Zunahme von 6 049 821 auf 48 827 982, somit um 42 478 161 Tonnen oder um 702 Proz. nachzuweisen. In den nächsten drei Jahren stieg die Produktion für das ganze Land auf 354 037 380, somit um 86 948 198 Tonnen oder um 82 Proz., und im Süden steigerte sich die Ausbeute auf 62 663 662, somit um 14 134 880 Tonnen oder um 29 Proz. In den 23 Jahren hat somit eine Zunahme im ganzen Lande um 292 967 237 Tonnen oder um 396 Proz. und im Süden eine solche von 66 612 841 Tonnen oder um 935 Proz. stattgefunden. Im Gegenjahre zu Großbritannien verbrauchen die Vereinigten Staaten ihr Kohlenprodukt nahezu gänzlich selbst, denn im vorigen Jahre haben wir nur 8 000 000 Tonnen zur Ausfuhr gebracht, und zwar hauptsächlich nach den nördlichen und südlichen Nachbarländern.

Die Hoheisenproduktion Russlands bezifferte sich nach Angaben des central-statistischen Bureaus für die russische Eisenindustrie im Jahre 1903 auf 148 954 927 Pud, und zwar wurden im Ural 39 902 004 Pud gewonnen, in Zentralrussland (Koslawer Gebiet) 5 747 732 Pud, im nördlichen Anghland 1 496 912 Pud, im Süden 83 426 005 Pud und in Polen 18 681 774 Pud. In der zweiten Hälfte des verfloffenen Jahres war die Hoheisenherzeugung eine größere als in der ersten; im letzten Vierteljahr 1903 wurden allein 42 043 438 Pud ausgeschmolzen. Seitdem hat der ausgebrochene Krieg jedoch wieder zu einer Abnahme der Produktion geführt.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Im sächsischen „Waterland“, dem offiziellen Organ der Konfessionslosen, schreibt ein Arzt:

Das Ungeheuer der Leipziger Volkszeitung über die den Kampf in Leipzig zu Gunsten der Ärzte beendende Verordnung der Königl. Kreishauptmannschaft beweist am besten, daß diese behördliche Entscheidung nicht nur den berechtigten Forderungen jenes für das Gemeinwohl unentbehrlichen Standes Rechnung trägt, sondern auch, daß die Behauptung, welche nicht nur gelegentlich der Beratungen über das Gesetz betreffend die ärztlichen Bezirksvereine im Landtag, sondern auch in der Mehrzahl der ordnungsparteilichen Vorkongresse aller Richtungen wiederholt ausgesprochen wurde, daß nämlich der Kampf in Leipzig in letztem Grunde eine Machprobe der socialdemokratischen Partei sei, durchaus berechtigt war. Der Eingeweihte mußte diese Entwicklung voraussehen. Die socialdemokratische Parteileitung hat in der ihr eignen Fersicht nach Inkrafttreten unseres Krankenkassen-Gesetzes es verstanden, noch irgend angänglich — so vor allem in den großen Orts-Krankenkassen der Industriegebiete — die Kasernenverwaltungen in ihren Händen und die Parteigenossen zu vielen Tausenden in ihren Beamtenstellen unterzubringen. Gerieten nun aber solche Kasernen in Notlage — z. B. infolge unerbittlich hoher Verwaltungskosten — so durfte keineswegs an diesen, d. h. an den nicht schlecht besoldeten Stellen der Parteigänger, gepart werden, sondern an dem so schon wenig ersprießlichen Verzeheonorar. Anderswärts mußte man selbstverständlich eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge, so weit irgend möglich, vermeiden; wie kann man auch dem organisierten Arbeiter, der Woche für Woche an die Parteikasse, an den Wahlfonds usw. eine Part nach der andern abführen muß, noch verlangen, daß er pro Woche 5 oder 10 Pfennig zu Gunsten der Arztgehälter ausbringt! Geld und Machtfrage vereinigen sich, Wehros stand der einzelne, auf Tagesverdienst angewiesene Arzt dem Kasernenvorstand gegenüber: Mund halten — oder fliegen! Die Akademiker sind ja so wie so nur nothgedrungen geduldet.

Das ist nicht etwa eine vereinzelte Ansicht, sondern drückt die Meinung der übergroßen Mehrzahl der im Leipziger wirtschaftlichen Verbande vereinigten Ärzte aus. Im Verbandsorgan sind zahlreiche ähnliche Behauptungen laut geworden und noch von keinem der Ärzte, die dem Verbandsangehörigen oder mit ihm „gegen die Tyrannei der Kasernenstände“ kämpfen, haben wir jemals ein Wort des Proteftes gegen diese parteipolitische Ausschlagung des Streitfeldes gehört. Man muß deshalb annehmen, daß sie nichts dagegen einzuwenden haben. Es ist bei dieser Sachlage kein Wunder, daß der Leipziger wirtschaftliche Verband von den politischen Scharfmachern als willkommener Kampffeld für den Kampf gegen die Arbeiterklasse betrachtet wird. So wurde in der Gründungsversammlung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Socialdemokratie ausgesprochen:

„Der Reichsverband wird weiter Fühlung nehmen mit den bereits bestehenden evangelischen und katholischen Arbeitervereinen, mit dem Deutschen Arbeiterbunde und mit dem Verbands der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Durch die von der Socialdemokratie fast vollständig beherrschten Krankenkassen schafft diese revolutionäre Partei sich fortgesetzt neue Kämpfer, und darum wird es ebenfalls Aufgabe des Reichsverbandes sein, die Bestrebungen des Deutschen Ärzteverbandes nach Möglichkeit zu unterstützen.“

Mitgegangen, mitgegangen, mitgegangen! Ärzte, die es ruhig himehmen, daß ihre angebliche Ständeorganisation und ihr wirtschaftlicher Kampf der Reaktion dienstbar gemacht werden, dürfen sich nicht wundern, wenn auch sie mit der Reaktion in einen Topf geworfen werden.

Eine neue „Ausführungsanweisung zur Gewerbe-Ordnung“ ist von den beteiligten preussischen Ministerien unter dem Datum des 1. Mai 1904 erlassen worden.

Kontrollisten.

Eine auffällige Scheu vor Kontrolle belundet die Nordöstliche Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Sie richtet an ihre Mitglieder dieses Circular:

In den Parlamenten und in socialdemokratischen Blättern wird fortlaufend von Zuwiderrhandlungen gegen die Unfallverhütungs-

Vorschriften berichtet, welche die sogenannten Vertrauensmänner der socialdemokratischen Organisationen angeblich festgesetzt haben.

An die Berichte werden schwere Beschuldigungen gegen Baugewerbetreibende geknüpft und dabei von vernichtendem Anlagematerial gesprochen, welches durch die Revisionen gewonnen sein soll.

Leider gelingt es nur selten, die erhobenen Anklagen auf ihre Richtigkeit zu prüfen, weil in der Regel die Betriebe und Baustellen nicht bezeichnet werden, auf denen die angeblichen „unglaublichen Mißstände“ vorgefunden sein sollen.

In Rücksicht auf das Ueberhandnehmen derartiger Angriffe richten wir an die verehrten Mitglieder die ergebene Bitte, Kontrollisten, welche sich nicht als technische Aufsichtsbeamte oder Beauftragte der Berufsgenossenschaft ausweisen können, den Zutritt zu den Baustellen und Werkplätzen usw. nicht zu gestatten.

Berlin, im Mai 1904. Der Genossenschaftsvorstand. Helfsch.

Ein bedrohtes Säuglingshospital.

In Dresden hatte vor einigen Jahren ein dortiger Kinderarzt, Dr. Schömann, ein Säuglingshospital errichtet. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß der beste Weg zur Verminderung der großen Säuglingssterblichkeit die Ernährung des Kindes mit Muttermilch ist, hatte er sich mit der dortigen Hebammenanstalt in Verbindung gesetzt und von dort alle die Wöchnerinnen mit Kind übernommen, die nach der Entlassung aus der Anstalt aus irgend einem Grunde noch nicht in der Lage waren, allein für ihr weiteres Fortkommen zu sorgen. Solcher jungen verheirateten und unverheirateten Mütter giebt es ja leider viele, die verlassen von den Männern, bei ihrer Entlassung aus dem Hospital mit schwacher Gesundheit auf die Hilfe anderer angewiesen sind, wenn sie nicht dem Elend preisgegeben werden sollen. Diese nahm Schömann in sein Säuglingsheim auf, mit der Verpflichtung, daß sie außer ihrem eignen Kinde noch einen Teil der Muttermilch aus andern erkrankten Kindern abgeben, und bei der passenden, reichlichen Verpflegung sind die allermeisten dazu wohl im stande, ja, Schömann erreichte es bei einzelnen Frauen, daß sie für fünf bis sechs Kinder gleichzeitig als Amme dienen konnten. So hatte Schömann für die seiner Anstalt übergebenen kranken Kinder immer genügend Muttermilch. Die Frauen blieben, zumal sie noch eine Selbstbildung erzielten, allgemein sehr gern, so lange als es notwendig war, in der Anstalt. Dabei erhielten sie in derselben eine tüchtige Ausbildung als Pflegerinnen und Wärterinnen, und die in der Anstalt nicht mehr benötigten Frauen konnten als Ammen in private Stellen gehen, wo sie gern angenommen wurden. Ferner ergänzte Schömann das Krankenhaus durch Einrichtung eines Ambulatoriums und einer öffentlichen Sprechstunde, in welche die Kinder, die soweit genesen sind, daß sie aus der Krankenhauspflanz entlassen werden können, täglich von ihren Müttern gebracht werden müssen, damit der Arzt nach Beschaffung derselben auch weiter die Ernährung und Pflege des Kindes leiten kann. Die Anstalt nahm von Jahr zu Jahr zu, sie mußte vergrößert werden, da die ersten Räumlichkeiten keineswegs mangelhaft waren. Aber es gelang Schömann, die Sterblichkeit der gebrauchten kranken Säuglinge, die sonst zwischen 60 und 80 Proz. schwankt, auf 28 Proz. herabzudrücken. Allerdings sind die Betriebskosten der Anstalt nicht unbedeutend und belaufen sich auf 60 000 M. im Jahre, während an Verpflegungsgeldern nur etwa 25 000 M. einkommen, wozu noch ein städtischer Zuschuß von 5000 M. kommt. Der Rest wurde in früheren Jahren durch freiwillige Beiträge aufgebracht, in den letzten Jahren aber fast allein von der verewenen Kronprinzessin Luise. Seitdem diese von Dresden entfernt wohnt, wird es wahrscheinlich nicht mehr möglich sein, die segensreiche Anstalt am Leben zu erhalten. Die Stadt Dresden hat für solche wahrhafte Kulturaufgaben nicht genug übrig, der Staat erst recht nicht, und so steht Schömann auf dem Punkte, in kürzester Zeit sein Säuglingshospital schließen zu müssen.

Rixdorfer Bau- und Sparverein und Umfassener.

Das Ober-Verwaltungsgericht hat nunmehr in dem Streite zwischen dem Magistrat Rixdorfs und dem Rixdorfer Bau- und Sparverein entschieden, daß diese Genossenschaft mit beschränkter Haftung die auf sie als Käufer von Grundstücken entfallende Hälfte der Umfassener nicht zu zahlen braucht. Im vorliegenden Streitfalle handelte es sich um ein Objekt von 408 M. 75 Pf. Es schweben aber noch Sachen. Zusammen dürften der Genossenschaft einige tausend Reich zurückzugeben sein. — Das Ober-Verwaltungsgericht ging im wesentlichen von folgenden, schon vom Bezirksauschuss ausgesprochenen Erwägungen aus: Nach dem § 7 der örtlichen Steuerordnung Rixdorfs seien hinsichtlich der Steuerbefreiungen die Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes analog anzuwenden. In Betracht komme daher für den vorliegenden Fall § 5g dieses Gesetzes, wonach die Befreiung eintrete bei Genossenschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen und deren Statut die an die Genossenschaft zu verteilende Dividende auf höchstens 4 Proz. ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt.“ Maggebend sei der Wortlaut des Genossenschaftsstatuts. Er entspreche aber durchaus dem Verlangen der älteren Bestimmungen. Der Magistrat gehe bei der Befreiung der Genossenschaft mit der dem Käufer zuzurechnenden Hälfte der Umfassener davon aus, daß die Genossenschaft Sparanlagen annehme. Er sehe darin einen zweiten Geschäftszweck der Genossenschaft, so daß eine Voraussetzung des § 7 der Steuerordnung in Verbindung mit § 5g des Stempelsteuergesetzes fehle: die der Ausschließlichkeit des Zwecks, für unbemittelte Familien die fragliche Wohnungsbauunternehmung zu schaffen. Die Annahme sei falsch. Nur von Genossenschaftsmitgliedern nehme statutenmäßig die Genossenschaft Sparanlagen an, und diese dienen zur Verwertung im Geschäftsbetriebe der Genossenschaft. Hieraus ergebe sich ohne weiteres, daß die Sparanlagen lediglich ein Mittel darstellen, um den ausschließlichen Zweck der Genossenschaft zu fördern. Auch die jetzt bestrittene frühere Bestimmung des Statuts, wonach ein Drittel der befristeten Häuser von Genossen eigentümlich erworben werden konnten, lasse sich nicht gegen die Genossenschaft vertreten, denn das „Verschaffen“ im Sinne des § 5g des Stempelsteuergesetzes begreife auch den Verkauf von Wohnhäusern in sich, und nicht bloß das Vermieten von Wohnungen. Und wenn die Genossenschaft ein Grundstück in der teuren Kaiser Friedrichstraße zu Rixdorf erwirb, sei das auch nicht statutenwidrig.

Grobe Beleidigung des Werkmeisters als Entlassungsgrund.

Der Schlosser R. war von der Firma Hirschel mitten im Accord entlassen worden, nachdem er Differenzen mit dem Werkmeister gehabt hatte. R. hielt die Entlassung für unbedeutend und klagte beim Gewerbegericht, indem er den Accordwertbetrag von 38,50 M. beanspruchte. In der Verhandlung vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts wurde als Entlassungsgrund besonders der Umstand hervorgehoben, daß Kläger anlässlich einer Auseinandersetzung mit dem Werkmeister über einen Accordpreis gesagt hatte: „Nun, vielleicht geht es Ihnen mal so, wie dem Obermeister H. von der Firma so und so, den sie aus dem Landwehrkanal gezogen haben.“ Auf die Frage des Vorsitzenden Dr. Wöbling, was es mit diesem Obermeister auf sich habe, erzählte Kläger, dem Manne habe Verhaftung gedroht, weil er mit einem Uebeltäter unzulässige Handlungen vorgenommen habe, und da habe er sich erboten. — Der Kläger wurde mit folgender Begründung abgewiesen: Nach § 123 der Gewerbe-Ordnung berechtige es zur sofortigen Entlassung, wenn ein Arbeiter den Vertreter des Chefs grob beleidige. Das treffe auch bei Accordarbeit zu. Es sei aber

eine grobe Beleidigung des Beckmeisters, wenn ihn der Kläger mit einem Manne verglich, der gemeine Verbrechen begangen habe und deshalb ins Wasser gegangen sei. Somit wäre die plötzliche Entlassung des Klägers berechtigt, wenn sie innerhalb acht Tagen seit dem Bekanntwerden der groben Beleidigung erfolgte. Das sei aber der Fall. Die Entschädigung müsse somit abgewiesen werden. Unerbittlich sei, daß der Meister, der ein etwas hitziges Temperament habe, ihn gereizt haben möge.

Nicht befolgte Anweisung des Arbeitgebers und plötzliche Entlassung. Der Schnittbauer D. war von dem Arbeitgeber Stammberger ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen worden, weil er bei einer Arbeit die Anweisung des Chefs über die Art der Ausführung nicht beachtet hatte und auch dem Verlangen, die Arbeit entsprechend zu ändern, nicht folgte. D. blieb den Bemerkungen des Arbeitgebers gegenüber immer dabei, daß es so richtig sei, wie er es mache. Der Entlassene beanspruchte durch Klage beim Gewerbegericht eine Lohnentschädigung, indem er geltend machte, die plötzliche Entlassung sei unbillig. — Die Kammer des Gewerbegerichts wies jedoch die Klage ab und der Vorsitzende Dr. Wölling führte begründend aus: Kläger sei beharrlich den Anweisungen des Arbeitgebers nicht nachgegeben. Darin sei eine beharrliche Verweigerung der dem Arbeiter nach dem Arbeitsverhältnis obliegenden Verpflichtungen zu sehen, die zur sofortigen Entlassung berechtige. Der Kläger hätte der Anweisung des Chefs folgen und die Arbeit so machen müssen, wie dieser es verlangte, selbst wenn die verlangte Art der Ausarbeitung an sich nicht richtig gewesen wäre. Mißlinge die Arbeit bei Beachtung der Anweisungen des Chefs oder seines Vertreters, dann falle eben diesem der Schade zur Last.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen, Arbeiter-Radsfahrer!
Sichwahl in Frankfurt a. O. Lebus.

Alle Genossen, welche am Tage der Hauptwahl, am 13. Mai, im obengenannten Wahlkreise thätig waren, und die gewillt und in der Lage sind, am Tage der Stichwahl am 20. Mai ebenfalls dort thätig zu sein, werden ersucht, sich heute Mittwochsabend pünktlich 8 1/2 Uhr im oberen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20, zu einer Besprechung einzufinden.

Die Vertrauensleute von Berlin und Umgebung.
J. A. Franz Hoch.

Verloren wurde auf dem Wege von Dalldorf nach Tegelort eine rotbraune Brieftasche nebst Mitgliedsbuch Nr. 8135 vom Wahlverein des 6. Kreises, sowie Mitgliedsbuch vom Töpferverband, beides lautend auf Morganoß. Der Finder wird gebeten, obiges bei Zahrow, Rabenstraße 6, abzugeben.

Rigdorf. Mittwochsabend 8 1/2 Uhr findet bei Heißhaus, Karlsgartenstraße, eine Kommunalwähler-Versammlung für den 10. Kommunal-Wahlbezirk statt. Referent Stadtverordneter Wugli.

Für den 7. Kommunal-Wahlbezirk findet eine Kommunalwähler-Versammlung am Donnerstag in der Reuen Welt statt. Referent Stadtv. Dr. Silberstein. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Unsere bevorstehende Eraywahl.

Weihensee. Heute Abend 8 Uhr findet im Lokal „Abrechtshof“ eine öffentliche Versammlung statt. Die Parteigenossen werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Lokales.

Telephonischmerzen.

In Stendal in der Altmark giebt es neben andern im Interesse der Kultur für unentbehrlich gehaltenen Einrichtungen auch eine Strafkammer und diese Strafkammer hatte sich gestern mit einem Preßprozeß zu befassen. Es braucht wohl kaum gesagt zu werden, daß das Objekt dieses Prozesses, ein Redakteur Blato vom „Altmark“, verurteilt wurde; Erwähnung verdient höchstens der nicht alltägliche Umstand, daß Inkulpat seiner bisherigen Unbescholtenheit wegen nicht ins Gefängnis kommt, sondern nur 150 M. Geldstrafe zahlen soll. In Stendal in der Altmark wird der Redakteur eines Lokalblattes kaum die hohe Politik in den Rahmen seiner verbrecherischen Absichten ziehen; und auch in diesem Fall war nur der lokale Telephonischmerz, der allerdings auch den geduldigen Menschen zur Raserei bringen kann, der Stadt und den umliegenden Dörfern laut verblüdet worden. Eingedenk ihrer öffentlichen Pflichten stellte die Oberpostdirektion sofort Strafantrag gegen den Mann, der das Telephon durch destruktive Tendenzen seines öffentlichen Ansehens zu entstellen gesucht hatte und die verlangte Genehmigung wurde dieser Behörde prompt erteilt. Daß die geringsten Mißstände bei der Bedienung des Telephons vorhanden waren, nahm das Gericht nach dem Ergebnis der Zeugenerhebung als erwiesen an, aber erstens darf ein Redakteur nicht mit der bei dieser Menschenorte beliebten Ausrede von der Wahrnehmung berechtigter Interessen kommen, und zweitens — ja zweitens stützte sich die Verurteilung auf eine Thatfachenwiedergabe gegen die wir, belibbe nicht in unserer Eigenschaft als Sozialdemokraten, wohl aber als Anwalt einer quasi *Christlich* „mischenden“ Protest einlegen müssen. Der Gerichtsvorsitzende sagte nämlich in seiner Urteilsbegründung, daß man in kleinen und mittleren Städten für die Bedienung durch das Telephonamt nicht denselben Maßstab anlegen dürfe wie in großen Städten.

Derrgott, noch einmal! Kann es denn an einem kleinen Ort wie Stendal am Telephon noch nervenzerüttender zugehen wie in Berlin? In Stendal in der Altmark wurde über die Langsamkeit der Bedienung genörgelt. Auch über Grobheit der Beamten. Warten muß man in Berlin ja auch, aber solches mag noch hingehen, denn das liegt gewiß nicht an Beamtenbummeligkeit, und unbillig sind die Telephonbediener erst recht nicht. Aber zu gewissen Tageszeiten ist es auch bei prononciertester Aussprache nicht möglich, der Dame am Apparat die gewünschte Nummer zu verzeichnen; zwei, drei, viermal wird man falsch verbunden, und hat man endlich doch den richtigen Anschluß erreicht, so hört man genau wie zwei Leute, die einem so fremd sind wie der Mikado von Japan, sich über den Abendhappchen oder über eine Hypothekenschiebung besprechen. Nebenherläuft wird diese mehr oder minder interessante Preisgabe von Privatgeheimnissen genannt. Endlich antwortet auch unser Mann. Wir sind im eifrigsten Gespräch; etliche Meinungsverschiedenheiten hatten noch der Ausgleichung, bis auf einmal die Verbindung gelöst ist. Ein Schmerzenseufzer aus tiefster Brust, dann aber wieder frisch ans Werk; was bleibt uns übrig als noch einmal die Prozedur der dreifachen falschen Verbindung über uns ergehen zu lassen? Im Harnen und Gebuld ist endlich das alte Ziel wieder erreicht. Glücklich der Mann, der jetzt seine Sache zu Ende führen kann und nicht abermals unterbrochen wird.

Das sind unsere Berliner Alltagschmerzen am Telephon. Wir wollen keinen Vergleich mit Stendal ziehen, aber bescheiden wie wir an der Spree nun einmal sind, protestieren wir lebhaft gegen die Unterstellung, als ob wir in der Großstadt ein Recht zu größerer Begehrlichkeit hätten. Nein, wir leiden ohne zu klagen, und sind froh, wenn die Telephonbehörde nicht gegen uns klagt. Notwendig erscheint uns aber im Interesse der so schon von allen Seiten bedrängten Staatsordnung eine Anfrage der reichshauptstädtischen Postbehörde an die Richter zu Stendal, wie sie dazu kommen, dem telephonierenden Berliner Naupen in den Kopf zu sehen, ihm einzublauen, daß er am Telephon am Abend sein dürfe wie der Kleinfäddler zu Stendal!

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlage betr. den Verlauf des Gaswerks-Grundstücks an der Kaiser-Allee zu Friedmann, — die ausführlichen Projekte

für Bauten auf den Rieselfeldern, — die Herstellung von Straßenbahn-Anlagen zwischen dem Wnigshor und der Straße am Friedrichshain sowie in der Dolziger- und Samariterstraße im Anschluß an die in der Eidenstraße vorhandenen Geleise, — den weiteren Ausbau bzw. die gleichzeitige Umgestaltung des bestehenden Seewasserwerkes Müggelsee in ein Grundwasserwerk, — den Erlass einer Polizeiverordnung wegen Regelung des Straßenhandels, — die Erwerbung von Ländereien in den Gemarkungen Ladeburg, Müdnitz, Vornau und Wilmersdorf zu Rieselzwecken, — die Einrichtung einer Abteilung für Geschlechtsranke in Anlehnung an ein städtisches Kranenhaus.

Der Abbruch des Opernhauses steht bevor. Nach einem Schreiben des Hausministers an den Verein Berliner Architekten sieht der Kaiser sich nicht veranlaßt, „den Plan der Errichtung eines neuen Opernhauses an der jetzigen Stelle fallen zu lassen“. Sonach wird der Abbruch des alten Opernhauses wohl im nächsten Jahre vor sich gehen. Darob großes Lamentieren in bürgerlichen Blättern, besonders in der „Vossischen Zeitung“, die zuerst mit der die Kunst bedrohenden Reuegründe. Aber was will man? Gewiß wird es richtig sein, daß an der Stelle des jetzigen Hauses, das trotz des schauerlichen Treppengeländers von Anno 1904 immer noch schön ist und harmonisch wirkt, ein riesiger Baustein entstehen wird, ebenso ungeklärt wie der neue Dom. Darf man jedoch das eine wollen und das andre lassen? Die Kunst des neuen Sturzes ist ebenso bedenklich wie die Politik des neuen Sturzes; doch wer sich ob der Politik in Jubelhymnen ergeht, soll konsequent sein und sich den gemüthlichen Landtags-Abgeordneten Reiboldt zum Muster nehmen, der mit todesmutiger Verachtung selbst die Sieges-Allee unter dreifachem Hurra zu preisen versteht. Wer nicht zur Rote zählt, hat sich an so manchen gewöhnen müssen und wird schließlich auch die neue Kunst hinunterwürgen.

Kirchliches Christentum. Die Kreisynode II Berlin hat gestern in einer Sitzung ihr Christentum leuchten lassen. Zunächst dadurch, daß nach Meinung der Liberalen wider jegliches Recht der Synodale Tretin ausgeschlossen wurde, trotzdem er sein Amt längst niedergelassen hatte. Das gab der oppositionellen Minderheit Anlaß, zu streiken und dann die Beschlußfähigkeit der Versammlung anzuzweifeln. Nur mit Mühe konnte die Linke dann zur weiteren Teilnahme bestimmt werden. Dann ging es in üblicher Weise gegen die Verbreitung „schlechter“ Litteratur und Kunstzeugnisse los und hierauf gegen den Staat von wegen der Aushebung des Jesuitenparagraphe. Hierbei verfiel sich ein Herr Fensel sogar zu einer Anregung zur Abänderung des Gotteslästerungs-Paragraphe im Strafgesetzbuch. Ein wirksamer Kampf gegen den Ultramontanismus sei nur möglich, wenn der evangelische Christ nicht Gefahr laufe, ins Gefängnis zu wandern, wenn er gewisse Einrichtungen der katholischen Kirche geißele, während die katholische Kirche fort und fort die Reformatorien, insonderheit Luther in der unerhörtesten Weise beschimpfe.

Zum Schluß nahm der durch seine Denunziation bekannte Pastor Philippus sich den Arzt Dr. Hirschfeld aufs Korn, der aus Anlaß seines Strebens für die Aufhebung des § 175 des Strafgesetzbuches kürzlich wegen Studentenbeleidigung verurteilt worden ist. Ein Prediger Dr. Runze aus Moabit sagte auf der Synode, daß gegen das Treiben der Homosexuellen und gegen solche Umfragen, wie sie Dr. Hirschfeld an Studierende der technischen Hochschule gerichtet, nicht laut genug Protest erhoben werden könne. Der Ausdruck dreist und frech sei in diesem Falle viel zu milde, er nenne es eine ruchlose Schamlosigkeit, die gegen alles Verstehe, was Sitte und Religion fordere. Lebhafter Beifall folgte diesen Worten.

Wir glauben nicht, daß Herr Dr. Hirschfeld den Geistlichen mit gleicher Münze heimzahlt und sie wegen Beleidigung vor Gericht bringt. Ursache hätte er dazu.

Vom Gemeinsinn des Fiskus. Ueber die Zukunft des alten botanischen Gartens machte Landtags-Abgeordneter Hammer in in der gestrigen Sitzung des Hausbesitzervereins „Siden“ einige Mitteilungen, welche die Hoffnung auf Erhaltung eines Teils des Gartens als öffentlichen Park nur noch sehr gering erscheinen lassen. Abg. Hammer hatte vor einiger Zeit den Kultusminister wegen dieser Angelegenheit befragt und den Bescheid erhalten, daß jetzt nur noch der Finanzminister darüber zu beschließen habe. Dieser habe denn auch auf Vortrage gesagt, daß er einer teilweisen Erhaltung des Parks nicht unympathisch gegenüberstehe. Es sei damals die Aussicht vorhanden gewesen, daß, um die Staatsfinanzen nicht zu schädigen, das Grundstück mit 4—5 fiskalischen Gebäuden bebaut und ein Teil, viernmal so groß wie der Dönhofsplatz, als Park sollte erhalten werden, wofür Berlin und Schöneberg die Summe von zwei Millionen zahlen sollten. Späterhin sei dann der Vorschlag gemacht worden, ein Drittel des Gartens für private und ein Drittel für fiskalische Bauten zu bestimmen, das letzte Drittel aber als Park bestehen zu lassen. Aber auch diese Aussicht sei, wie der Abg. Hammer ausdrücklich hervorhob, immer mehr im Schwimmen begriffen, vielmehr habe nach seiner Kenntnis der Fiskus die Absicht, das wertvolle Gelände nicht länger wertlos liegen zu lassen, sondern es in seinen vollen Umfang zu verkaufen. — Wird das ein Gaudium für die Grundstückswohner werden!

Die Thätigkeit der Centralpolizeistelle zur Bekämpfung des internationalen Mädchenhandels in Berlin, deren Wirksamkeit sich bisher nur auf Preußen erstreckt, ist, nachdem sämtliche außerpreussischen Bundesregierungen und der kaiserliche Statthalter in Elsaß-Lothringen sich hiermit einverstanden erklärt haben, jetzt auf das ganze Reich ausgedehnt worden. Hierdurch wird erreicht, daß alle in Deutschland zur Kenntnis der Behörden gelangende Fälle von Mädchenhandel der Centralpolizeistelle mitgeteilt werden. Diese führt eine Liste der ihr bekannt gewordenen Mädchenhändler, hat ein Album mit Photographien von bestraften Händlern angelegt und tauscht ihre Erfahrungen mit den andern Polizeibehörden aus. So ist zu hoffen, daß die im Verhältnis zu andern Ländern verhältnismäßig geringe Zahl von Verwickelungen deutscher Mädchen nach ausländischen schlechten Häusern immer geringer werden wird.

Zu der Ermordung des Ruffehrs Schemel ist noch mitzuteilen, daß die beiden Mörder Wiser und Job auch gestern bei ihren Vernehmungen dabei blieben, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, den Ruffehrs zu töten. Die weiteren Feststellungen lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß Sch. im Schlaf von den Beiden überfallen worden ist. Der Ruffehrs hatte häufig Wilsfaher, Freunde aus Spandau oder Berlin, auf dem Wagen und pflegte, sobald er seinen letzten Kunden, den Kaufmann Buchholz in Fagelhorst besucht hatte, zu schlafen und die Fägel der Pferde den Wilsfahern zu überlassen. Auf diese Gewohnheit ihres Freundes, mit dem sie, wie erwähnt, schon häufiger gefahren sind, rechnend, jäherten Wiser und Job ihren Raubplan aufzugeben zu haben. Hiermit würde es sich auch am leichtesten erklären, daß der Ueberfallene keinen Widerstand zu leisten vermochte. Die Behauptung der Beiden, daß sie nicht die Absicht gehabt hätten, Schemel zu töten, findet bei den Behörden nicht den geringsten Glauben.

Zu dem gestrigen Feuerbericht teilen uns die Vereinigten Chemischen Fabriken, Barikauerstraße 80, mit, daß sie von dem Brandschaden im Hause Alexanderstraße 27a nicht berührt sind, da sie seit einem Jahre schon in dem genannten Hause nicht mehr fabrizieren.

Auf frischer That ergreifen wurden in der Nacht zum Dienstag drei Einbrecher in der Brunnenstraße. Sie hatten es auf den Koftabakeller von Karl Roske in dem Hause Nr. 181 abgesehen, der schon einmal von Spitzhüben heimgesucht wurde. Der Wöchner Hermann Schmidt vom Brunnen-Gals sah von der andern Straßenseite aus, daß die Kerle sich in der Thürschwelle an der Kellertür zu schaffen machten, und holte einen benachbarten Bädermeister und einige Schutzleute herbei. Als diese kamen, hatten die Einbrecher bereits die Thürschwelle eingeschlagen und waren zum Teil eben in den Keller eingedrungen. Sie ließen sich ohne Widerstand festnehmen und wurden gefesselt nach der Wache des 62. Reviers am Weinbergsweg und von dort zur Kriminalpolizei gebracht. Ihr

Auführer war ein gewisser Appelt, ein Mann von 30 Jahren, der erst vor drei Tagen nach einer dreijährigen Strafe das Gefängnis verlassen hatte.

Die Maus in der Elektrischen. Eine große Aufregung entstand gestern in einem voll besetzten Straßenbahnwagen der Linie Hansa-Platz—Greifswalderstraße durch eine Maus. Am Dönhofs-Platz bemerkte eine Dame das kleine listig um sich schauende Tierchen unter einem Sitzbrett. Entsetzt sprang die Dame auf und stellte sich mit fest zusammengeschnittenen Kleidern auf den Sitz. Unter Ausrufen des höchsten Entsetzens folgten diesem Beispiel alle übrigen Damen, während die Herren sich ob dieses Zwischenfalls nicht wenig belustigten. Unter Mäuschen fand weniger Freude an der allgemeinen Aufregung, ängstlich schüttelte es von einem Sitz zum andern. Alle Bemühungen, es zu ertöten, waren vergeblich; der Schaffner wußte sich seinen Rat und die Angst der Damen wurden immer bewegter, die Sprünge der Maus immer tollfähriger. Da, als die Rot am grünen und der Wagen um die Reichsbank fuhr, nahte der Retter in Gestalt eines Feuerwehmanns an. Plötzlich kramelte er sich die weiten Ärmel in die Höhe und nun begann die Jagd, die damit endete, daß unsere kleine Maus hinausgeworfen wurde. Erleichtert atmeten die Damen auf und freudig stimmten sie in die Ovation, die dem Feuerwehmann ganz spontan dargebracht wurde, mit ein. Wie die Maus in den Wagen gekommen ist, konnte nicht festgestellt werden. Einer Dame entschlüpfte das harte Wort: „Nur ein Herr könne sich solche Scherze erlauben.“

Ein Opfer seines Berufes. An der Potsdamer Brücke hat man gestern die Leiche des blinden Händlers Karl Anders aus dem Wasser gezogen, der in der Horkstraße 8 wohnte und in der Friedrichstraße Postkarten und Streichhölzer verteilte. Anders ist ein Opfer seines Berufes. Ursprünglich Schraubenendreher, mußte er nach seiner Erblindung im Jahre 1894 sich und seine Familie durch den Straßenhandel ernähren. Damit begann der bekannte Polizeikampf auch gegen ihn; es fielen die üblichen Strafmandate, die zuweilen bis auf 15 M. lauteten. Eine Anzahl dieser Strafen hatte Anders in nächster Zeit entweder zu bezahlen oder abzulösen. Schon oft hatte er seinen Mißmut darüber geäußert, daß das selbst dem Minister unterbreitete Gesuch um Anweisung eines festen Platzes zum Gendarmen beharrlich abgelehnt worden war; er ertrage die ewigen Scherereien nicht länger und werde seinem Leben ein Ende machen. Diesen verzweifelten Entschluß hat Anders jetzt durchgeführt. Er hinterläßt eine Witwe und mehrere Kinder.

Auf den nächsten italienischen Kultusminister Rasi und seinen Sekretär Ignazio Comardo, der mit ihm das Weite suchte, saßnet jetzt auf Grund der italienischen Behörden auch die hiesige Kriminalpolizei. Auch die Photographien der Flüchtigen sind hierher gelangt. Herr Rasi ist übrigens in Berlin nicht unbekannt. Er war wiederholt hier, offiziell zum letztenmal als Vorführer der italienischen Gläubigerschlichtung bei den Festlichkeiten zur Feier des 80. Geburtstages von Rudolf Virchow. Daß einen solchen Mann das Unglück treffen muß als Betrüger verfolgt zu werden!

Herr Albert Müller, Petersburgerstraße 19, teilt uns mit, daß er in dem bekannten Butterfälschungs-Prozeß nicht verwickelt ist.

Großer Schrecken entstand in der letzten Nacht bei einem Brande, der um Mitternacht in der Wirlenstraße 12 angeblich durch Unvorsichtigkeit zum Ausbruch kam. Dort standen gegen 12 Uhr in einer Stube im Erdgeschoß neben dem Treppenaufgang Betten und Möbel in Flammen. Die Feuerwehr, von mehreren Seiten gleichzeitig alarmiert, erschien sofort mit mehreren Zügen. Brandinspektor Julius ließ sofort mehrere Schlauchleitungen vornehmen und, da das Treppenhaus sowie die Wohnungen im vierten Stock schon total verqualmt waren, unverzüglich zur Befähigung der benachbarten Hausbewohner einen Halbleitertgang außen am Hause von Stockwerk zu Stockwerk errichten. Ueber den Halbleitertgang kletterten die Feuermänner in die Höhe, stiegen in die Etagen ein und beruhigten die Bewohner, denen der Ausgang ins Freie über die Treppen abgeschnitten war. Außerdem wurden die Treppentüren geöffnet, damit der erstickende Qualm abziehen konnte. Es gelang, die Flammen auf die Wohnung im Erdgeschoß zu beschränken und damit die Gefahr zu beseitigen. Es muß als ein Glück bezeichnet werden, daß die Hausbewohner bis zum Eintreffen der Feuerwehr aushielten.

Ein schwer verunglückter Radsfahrer ist gestern in fast hoffnungslosom Zustande in das Paul Gerhardt-Siit eingeliefert worden. Der 24 Jahre alte Kaufmann Franz Jakob, Müllerstr. 31 wohnhaft, fuhr gegen 9 Uhr abends, von Tegel kommend, die Müllerstraße entlang und fuhr in derselben Geschwindigkeit mit einem Straßenbahnzuge neben diesem her. Jakob war einen Augenblick etwas zurückgefallen, holte gleich darauf den Straßenbahnzug wieder ein und bog gleichzeitig, um einer vor ihm befindlichen Droschke auszuweichen, nach links hinüber. Hierbei fuhr der Radler mit großer Schnelligkeit gegen die Seitenwand des Straßenbahn-Anhängelwagens, wobei er mit der Maschine zurückgeschleudert wurde. Er fiel mit dem Kopf auf die Vordachkante des Bürgersteiges und blieb bewußtlos liegen. Auf der Rettungswache des Paul Gerhardt-Krankenhaus, wohin der Verunglückte gebracht wurde, wurden Schädelbruch und schwere Gehirnerschütterung festgestellt.

Robert Steidl. Wenn wir heute eine jener Berliner Popen wieder sehen, die vor vierzig, fünfzig Jahren es zu einer damals unerhörten Zahl von Aufführungen brachten, so wundern wir uns, daß so eintöniges, unverständliches Zeug als wichtig belacht wurde, und rümpfen die Nase über die Unzulänglichkeit des alten Berlin. Wir sollen uns aber nicht zu arg dide thun, da unsere Kinder über uns mit tödlicher Sicherheit einst das gleiche vernichtende Urteil fällen werden. Gestern hat Robert Steidl im Apollo-Theater sein zehnjähriges Jubiläum gefeiert. Der Humorist entschuldigte sich wegen dieses Ereignisses in einer Ansprache ans Publikum. Was ist da zu wollen? Als Objekt der Gefinde-Ordnung führte Steidl sich ein, der er ja nach einer juristischen Interpretation am Theater unterstellt sei. Da könne man nicht bis zum silbernen oder gar bis zum goldenen Jubeltage warten; die Herrschaft solle froh sein, wenn der Dienstbote zehn Jahre bei ihr aushalte und sich bei den Gästen Anerkennung erworben habe. In diesen Worten liegt mehr als ein oberflächlicher Humor, liegt ein Stück Wehmut. Steidl sprach und sang gestern wieder einmal wie dummele; die Kaskalatorik, die in die Boomblüte zieht, die Damenkapelle, Gustav, Gustav ärgere Dich nicht, und Emma, das geliebte Mausehwindchen, diese durch ihn unter Beifall des Komponisten Vande in den neunziger Jahren so riesig populär gewordenen Couplets kamen wieder ans Licht und wurden herzlich belacht. Aber es war nicht mehr so sehr das Lachen über die sprudelnde Frische des Vortrags, die Freude über eine lustig komponierte Nichtigkeit, von der nun bald alle Tanzmeister und Leiterkastenmänner profitieren würden. Man war vielmehr vergnügt, die alten Sachen wieder zu hören, bevor sie ganz dem Gedächtnis entschwänden; es war ihr Zeichenbegängnis. Noch eine Weile und wir begreifen nicht, wie uns das einst amüsieren konnte. Vielleicht macht Robert Steidl sich selber über die Vergänglichkeit alles Irdischen keine Illusionen. Seit Jahren sieht er ja weniger darauf, durch seine Einzelvorträge zu gefallen, als auf die Wirksamkeit der Klangrollen, die ihm in den mit graulichem Pomp versehenen Ausstattungsstücken auf den Leib geschrieben sind. Andre, Bender z. B., handeln ja ebenso, und nur Otto Reutter macht noch mit seinen selbstverfaßten Vorträgen mehr oder minder politischen Inhalts auf die alte Weise Faurore. Aber wir wollen Steidl nicht; die Jubiläumsfreude vergällen. So oder so, er ist derselbe frische, fröhliche Kerl wie vor zehn Jahren, und thut genug, wenn er der Mittelwelt die Wolken von der Stirn bannt. Wir wissen ja zumeist gar nicht, wie dankbar wir den Leuten sein müßten, die diese kostbare Kunst verstehen.

Aus den Nachbarorten.

Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung. Der bereits erwähnte Antrag Wämler und Genossen betreffend die

Vermischtes.

Wilhelmshaven, 17. Mai. Das mit dem Fischereiflysch beauftragte Torpedoboot traf heute früh bei der Insel Juist zwei Fischerdampfer beim unerlaubten Fischen. Es waren dies der englische Dampfer „Seal“, und der belgische Dampfer „Leonie“ aus Ostende. Die Kapitäne wurden in Wilhelmshaven verhaftet, die Fanggeräte und der Fang beschlagnahmt.

Eine deutsche Mädchenhändlerin in New York verhaftet. In New York wurde unter dem dringenden Verdacht, Mädchenhandel zu treiben, eine Frau Weingärtel verhaftet. Die Festgenommene, die mit sechs jungen Mädchen aus Deutschland dort angelangt war, dürfte identisch sein mit der Frau des Agenten Josef Weingärtel aus Bayern, die schon seit langer Zeit im Verdacht steht, Mädchenhandel zu treiben. Vermittelte Einstellungen für sogenannte Münchener Kellnerinnen, stellt auch Tiroler Gesellschaften zusammen und soll unter diesem Deckmantel bereits zahlreiche junge Mädchen nach dem Ausland verschleppt haben. Der Behörde war es bekannt geworden, daß W. für St. Louis junge Mädchen anwerbe, und der in New York angehaltene „Transport“ dürfte zweifellos für die Ausfuhr bestimmt gewesen sein. Die Untersuchung gegen die Verhaftete wird durch die New Yorker Behörde geführt werden.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 33. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Geschichte einer Zeitung. — Die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. — Von Jean Douquet (Paris). — Die Verstaatlichung der Leipziger Verkehrs-Verwaltung. — Von Oskar Jersch. — Die Kartelle in Theorie und Praxis. — Von Heinrich Cunow (Köthen). — Der Chemigrafen-Larif. — Von Paul Barthel. — Das Wachstum der sozialistischen Tagespresse. — Von Karl Kautsky. — Ritterliche Rundsicht: Sie halbes, Thomas Hodgskin. — Von R. Beer. — R. Alsbere, Erbliche Entartung, bedingt durch soziale Umstände. — Von Ferd. Jersch. — Notizen: Der sozialdemokratische Parteikongreß in Kroatien. — Von M. P.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

H. G. Der Sohn gehört der Religionsgemeinschaft des Vaters oder derjenigen an, zu der ihn der Vater bestimmt. Läßt der katholische Vater sein Kind katholisch taufen, so ist es katholisch. Es kann zu einer anderen Religionsgemeinschaft dadurch übertritten, daß entweder der Vater dies ausdrücklich bestimmt oder daß das Kind nach Zurückgelegtem 14. Lebensjahre den Übertrag von einer Religionspartei zu einer anderen ausdrücklich erklärt. Dieser ausdrücklichen Erklärung steht die Teilnahme an solchen Religionshandlungen gleich, durch die eine Religionsgemeinschaft sich von der anderen wesentlich unterscheidet (z. B. Messe, Beichte). Das ist die Rechtslage in dem landrechtlichen Gebiete Preußens. Darüber, ob im Einzelnen ein katholisch gewählter und evangelisch konfirmierter evangelischer ist, herrscht in den hiesigen Streit, in denen der Konfirmierte noch nicht 14 Jahre alt war und eine ausdrückliche Erklärung des Vaters nicht vorliegt. Diesen Fall bestreitet die Antwort. — R. N. 102. Das allein zweifelhafte ist, einen Ehevertrag nicht als Ankerung des Eigentums ihrer Frau, das in einem Verzeichnis zu notieren ist und ferner die Abreden, die aus dem Beispiel auf S. 225, Nr. 22 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Fährers erschellen. Es empfiehlt sich, nach Abschluß des Vertrages den Antrag auf Eintragung in das Güterrechtsregister zu stellen. Das „Arbeiterrecht“ liegt in den öffentlichen Verzeichnissen aus. Die nach dem Vertrag der Ehefrau gebührenden Sachen können zwar gepfändet werden, sind aber auf Intervention feilzugeben. Wird der Vertrag etwa geschlossen, um vorhandenen Gläubigern Objekte zu entziehen, so ist er nichtig. — R. N. Ja — 3. Ja. — O. R. 15. Rein; neben dem Anspruch auf Unfallrente besteht nur bei vorläufiger Verletzung ein Anspruch gegen den Unternehmer. — J. T. Todesfall. Ja. — Schlef. Krüppel. Zur Bornahme der Kur sind Sie nicht verpflichtet; etwas anderes ist die Frage, ob Sie nicht in Ihrem Interesse zwecks Erhaltung des Augenlichtes liegt. — Zahnklin. Sie sind außer Stande, zu entscheiden, ob der Preis für einen Zahnerwerb an angemessener ist. — W. M. 100. Das uneheliche Kind bedarf keine Mutter wie ein eheliches. Es soll sein Erbeile einlangen. — G. P. 39. 1. Es ist keine Höchstfrist für Entscheidung über Steuerrekommendationen gegeben, oft vergehen Monate. 2. Ja, ein Antrag auf Niederlegung der Steuer unter Vorlegung des Sachverhalts hat Aussicht auf Erfolg. — R. O. 100. Rein. — W. S. 100. Das Gesetz schreibt keine Maximalzahl von Lehrlingen vor, sondern bestimmt: wenn der Lehrherr eine im Verhältnis zu dem Umfang oder der Art seines Gewerbebetriebes stehende Zahl von Lehrlingen hält und dadurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, so kann dem Lehrherrn von der unteren Verwaltungsbehörde (das ist in Preußen der Magistrat beziehentlich der Landrat) die Entlassung eines entsprechenden Teiles der Lehrlinge auferlegt und die Annahme von Lehrlingen über eine bestimmte Zahl hinaus verboten werden. Gegen den Befehl ist das Verwaltungsstreitverfahren zulässig. Sie müssen also die Sachlage schildern und einen Antrag an den Magistrat zur Beschleunigung der Lehrlingszahlstellen richten. Es wird dann von Fall zu Fall nach Prüfung der Sachlage entschieden. — W. G. 100. Der Vater eines unehelichen Kindes ist zu dessen gesamten Unterhalt nach dem Gesetz verpflichtet. Ist die Höhe des Unterhaltentrotzes durch Urteil festgelegt, so kann nach der herrschenden Praxis eine Nachforderung nicht erhoben werden. — Stimmfahrer 1904. Ein Anspruch auf Grundbezahlung steht Ihnen nicht zu. — W. A. M. Rein. — Friedenau 1362. 1. Im Jahre 1890. 2. Rein. — G. R. 45. Wenden Sie sich an den Vorstand der Berufsgenossenschaft mit einem Antrag auf Auszahlung der Rente oder richten Sie an das Reichsversicherungsamt eine Beschwerde. — Jörnrow. Unregelmäßigkeiten in der Wählerliste finden naturgemäß stets statt. Es ist zu ihrer Korrektur die Anlegung vorgeschrieben. Der Fall der aus Versehen zu unrecht Eingetragenen steht in der Regel eine weit größere Zahl aus Versehen nicht Eingetragener gegenüber.

Marktpreise von Berlin am 16. Mai 1904

Table with 4 columns: Ware, Quantity, Price, and Unit. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mehl, and other grains.

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 17. Mai 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind, Visibility, and Temperature. Lists stations like Ewinende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, and Wien.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. Mai 1904.

Zunächst wärmer, viel Wind bei mäßigen westlichen Winden und etwas Regen zu erwarten; später heiter, aber kühl.

Berliner Wetterbureau.

in städtischen Betrieben Beschäftigten Arbeiterstand zur Beratung auf der Tagesordnung. War schon die Aufnahme des Antrages in der Versammlung eine geteilte, so hatte der Magistrat scheinbar keine Absicht, sich dem gewöhnlich zeitgemäßen Antrage gegenüber zu äußern. Er glänzte bei der ganzen Beratung dieser Sache durch Abwesenheit, nur einige Bauräte waren zugegen. Ob dadurch etwa das Interesse für die Gemeindeglieder belüchelt werden sollte? — Eingehend begründete Genosse Baumler die einzelnen Punkte des Antrages. Er wies darauf hin, daß ähnliche Einrichtungen wie die verlangten außer in Berlin in sämtlichen größeren Nachbargemeinden bestehen. Was in vielen Privatbetrieben durchführbar sei, müsse eine Kommune ebenfalls ermöglichen können. Die Kosten seien jedenfalls nicht so erheblich, um davon zurückzusprechen, und es liege doch auch im Interesse der Stadt selbst, ihren Angestellten durch Gestattung des Sommerurlaubes eine Erholung zu gönnen. Außer unsern Vertretern D. H. F. und K. A. T. sprachen sich noch Leffig, Varielt, Götthelmer und v. Gordon für den Antrag aus. Als unfreiwilliger Magistratsvertreter zeigte sich wieder einmal, wie immer bei solchen Gelegenheiten, der Stadtv. v. Frankenberg. Ihm kam es augenscheinlich nicht in den Sinn, daß Arbeiter, die jahraus jahrein im Dienste der Kommune beschäftigt sind, auch einmal einer Erholungsreise bedürftig sind — und noch dazu bei Fortzahlung des Lohnes. Daß solche Einrichtungen bereits in Privatbetrieben bestehen, war dem Herrn nach einer Ausföhrung durch Genossen K. A. T. etwas ganz Neues. Die Abstimmung ergab schließlich die Ueberweisung des Antrages an eine gemischte Deputation (vier Stadtverordnete und drei Magistratsmitglieder) mit der Weisung, den Magistrat zu einer Vorlage zu veranlassen, wonach wenigstens in diesem Jahre noch die Gewährung des Sommerurlaubes erfolgen kann. Wir wollen hoffen, daß dem Magistrat seine Ferien, die wir ihm zur Erholung ebenfalls gönnen, der Beschleunigung der Angelegenheit nicht hinderlich sind.

Bei der Anstellung einer Aushilfe zur Reinigung der höheren Mädchenschule beantragten unsere Genossen die Erhöhung des auf 20 Pf. festgesetzten Stundenlohnes um 5 Pf. Natürlich wurde der Antrag gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Für die Errichtung einer Feuerwache in der Speyererstraße werden insgesamt 300 000 M. verlangt. Wegen beschränkter Mittel sollen jedoch in diesem Jahre nur die Haupt- und Nebengebäude, das Steigehaus und die äußerlichen Anlagen (Würgerstraße etc.) zur Ausführung gelangen. Die Angelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen, dem unsrerseits Genosse Hoffmann angehört. — Die Errichtung des definitiven Pumpwerkes mit einem Kostenaufwand von 205 000 M. wurde nach den vorgelegten Entwürfen ebenfalls genehmigt.

Charlottenburger Schiller-Theater. In der Schiller-Theater-Frage hat nunmehr der Magistrat das Wort ergriiffen. Bekanntlich hatte die Schiller-Theater-Aktiengesellschaft ursprünglich an die Stadt das Erlöschen gerichtet, ihr eine zweite Hypothek in Höhe von 750 000 Mark aus städtischen Mitteln zu gewähren. Dann war seitens der Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden, das Theater überhaupt auf Kosten der Stadt zu erbauen und an die Schiller-Theater-Gesellschaft für den Jahresmietpreis von 100 000 M. zu vermieten. Auf diese Weise wäre das Anlagekapital von 2 150 000 Mark in etwa 25 Jahren amortisiert und das Theater schuldenfrei Eigentum der Stadt gewesen. Zu diesem erweiterten Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung hat der Magistrat in seiner Sitzung am letzten Freitag Stellung genommen. Es wurde beschlossen, daß das Theater seitens der Stadt erbaut und der Schiller-Theater-Aktiengesellschaft verpachtet werden solle. Der mit der Theater-Gesellschaft abzuschließende Vertrag wird der Stadtverordneten-Versammlung in ihrer Sitzung am nächsten Mittwoch zur Genehmigung vorliegen. Auch die Pachtfrage ist vom Magistrat eingehend beraten worden. Man ist sich dahin schlüssig geworden, die Entscheidung der Stadtverordneten-Versammlung zu überlassen. In Frage kommen nur zwei Grundstücke: das von Herrn Direktor Wörensfeld bereits von der Stadt und zum Selbstkostenpreis der Stadt zur Verfügung gestellte Terrain an der Schützenstraße und das den Reichs-Erben gehörige Grundstück an der Bismarck- und Grolmanstraße.

Aus Wilmersdorf hatten wir dieser Tage über die Langsamkeit berichtet, mit der dort das Gewerbegericht arbeitet. Eine Klage, die am 19. März eingereicht worden ist, und eine andre vom 25. März waren noch nicht zur Verhandlung angelegt und sind, wie gleich bemerkt werden soll, auch heute noch nicht vom Fleck gekommen. Als einer der Kläger, ein Stulleiter, vor einigen Wochen auf der Gerichtsschreiberei vorstellig wurde und auf die Thatfache hinwies, daß in Berlin durchweg die Gewerbegerichtsklagen innerhalb acht Tagen zur Verhandlung kommen, erhielt der Mann die Antwort: „Ja, mein Lieber, hier sind wir in Wilmersdorf und nicht in Berlin!“ Daß der Beamte mit dieser für den Ort wenig schmeichelfachen Antwort recht hatte, zeigt ferner der Umstand, daß ein vor vier Monaten von den Arbeitnehmer-Beisitzern des Gerichts dem Vorsitzenden eingereichtes Gesuch um Aufstellung eines Jahresberichts bis heute ebenfalls noch keine Antwort gewürdigt worden ist. Es scheint hier, daß man von dem Landrat des Kreises gelernt hat, der ja allerdings insoweit noch die Gemeinde übertrumpfte, als er deren Stadtverordnungsbesuch volle acht Monate unerduldsichtig ließ. Man nimmt offenbar in bedenklicher Folgerichtigkeit an, daß das, was der Gemeindevorstand recht ist, den rechtschaffenden Arbeitern und den Gewerbegerichts-Beisitzern billig sei, ohne zu bedenken, daß der Arbeiter auf den Lohn, den er nach seiner Meinung zu beanspruchen hat, in den meisten Fällen hungert. Bei dem einen der hier angeführten Fälle handelt es sich um ein Klage-Objekt von 160 M. und um eine klagende Firma, die in der Auflösung begriffen ist. Soll erst die Aufsichtsbehörde die verantwortlichen Beamten daran erinnern müssen, daß einer der wesentlichsten Gründe, warum Gewerbegerichte geschaffen sind, der ist, daß nicht allein billig, sondern auch schnell Recht gesprochen werden soll?

Rummelsburg. In der letzten Sitzung der Gemeindevorstellung gab der Vorsitzende die Genehmigung der Regierung zur Umwandlung der hiesigen höheren Knabenschule in ein Realprogymnasium bekannt. Im Anschluß hieran unterbreitete das Kuratorium der neuen Anstalt der Vertretung Vorschläge zur Errichtung von Freistellen. Die Zahl der Freistellen soll fünf vom Hundert betragen; da die Schülerzahl 184 beträgt, würden ungefähr acht Freistellen zu vergeben sein. Die aufzunehmenden Schüler dürfen das 12. Lebensjahr noch nicht überschritten und müssen die zweite Klasse der Volksschule absolviert haben, ihre Eltern sollen mindestens ein Jahr im Orte wohnen und dem Kuratorium ihre Bedürftigkeit nachweisen können. Zu dem letzten Punkt wurde von unsren Genossen eine präzisere Fassung gewünscht, um Willkürlichkeiten zu vermeiden; ebenfalls wurde der Antrag gestellt, die Lehrmittel unentgeltlich herzugeben, während das Kuratorium den Ankauf stelle, die Lehrmittel möglichst kostenlos leihweise zu überlassen. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag des Kuratoriums mit geringer Mehrheit angenommen. Die höhere Mädchenschule hat an Schülerzahl abgenommen und weist gegenwärtig 69 Schülerinnen auf, die sich auf neun Klassen, darunter Klassen mit zwei Schülerinnen, verteilen, während in der Volksschule die Schülerzahl in den einzelnen Klassen über 80 beträgt.

Aus der Spandauer Stadtverordneten-Versammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende Kenntnis von einem Schreiben des Gewerkschafts-Komitees, worin um endliche Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises ersucht wird. Stadtv. Nieger (Soz.) fordert die endliche Erledigung eines entsprechenden Antrages unser Genossen, der nun bereits 3 Jahre lang von einer gemischten Kommission „beraten“ werde. Er verweist auf das Beispiel der zahlreichen deutschen Städte, welche längst kommunale Arbeitsnachweise errichtet haben, wenigstens solle man denn doch den Mut haben zu sagen, daß man in Spandau nichts in dieser Angelegenheit thun wolle, anstatt zu einer solchen Verschleppungspolitik zu greifen. Oberbürgermeister Köpke erwiderte, daß die betr. Kommission die Sache auf zwei oder drei Jahre

— vertagt habe. Er werde jetzt jedoch dafür sorgen, daß den Stadtverordneten ein Bericht dieser Kommission zugeht! — Eine ziemlich ausgedehnte Debatte rief der Vorschlag des Magistrats hervor, die Stelle eines neuen Cassidirektors zum 1. Januar 1905 bei einem Gehalt von 4500 M., steigend bis zu 6000 M., auszuzeichnen. Von einer Seite wurde hierbei angeregt, die Gasanstalt mit der städtischen Elektrizitätsanstalt unter einheitliche Leitung zu stellen. Von unserer Seite sprachen sich die Genossen Rieger und Dutsch dagegen aus, da eine solche Vereinigung beider Anstalten nicht nur verfrüht, sondern zur Zeit auch sehr ungewandig wäre. Die Magistratsvorlage wurde hiernach mit einer formalen Anerkennung angenommen.

Einen Auslös zu Beseitigung der jetzigen Praxis, von auswärtigen Schülern der städtischen Schulen ein um 50 Prozent erhöhtes Schulgeld zu erheben, gab eine Petition einiger Interessenten. In der ziemlich lebhaften Diskussion vertraten unsere Genossen Scholz und Bied den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, indem sie gleichmäßige Aufhebung des Schulgeldzuschlages in den gehobenen Schulen, und des Fremden-Schulgeldes überhaupt in den Gemeindegemeinschaften forderten. Es wurde schließlich die Anstellung von Erhebungen beschlossen, die sich über die sämtlichen städtischen Schulen erstrecken sollen. Den Rest der Tagesordnung nahmen „Kommissions- und Deputations-Wahlen“ ein. Die bürgerlichen Stadtverordneten haben sich zum zweitenmal genötigt gesehen, mit den streifenden Sozialdemokraten in der Versammlung in der Frage der Besetzung der Kommissionen zu Frieden zu schließen, indem sie unsren Genossen durch den Mund des Stadtverordneten-Vorsitzers ihre Bereitwilligkeit erklären ließen, nimmehr grundsätzlich den Sozialdemokraten zwei Sitze in jeder Deputation, Kommission etc. und ebenso das ungefährlerte Vorschlagsrecht einzuräumen. Demzufolge ließen unsre Genossen, die bekanntlich ihre sämtlichen Kommissionsämter demonstrativ niedergelegt hatten, in der letzten Sitzung sich wieder in diese Position hineinzuwählen. Es fragt sich, ob der neueste „Frieden“ von einigem Bestand sein wird!

Gerichts-Zeitung.

Im Pommerant-Prösch wurde gestern die Vernehmung der Sachverständigen fortgesetzt. Es ist dies der eigentliche Kernpunkt des Prozesses, bei dem die sonstige ziemlich gleichförmige Erörterung stellenweise zu den lebhaftesten Zusammenstößen führte. Der zu der gerichtlich ernannten Kommission gehörige Sachverständige Hentschle erklärte nochmals seine Taggrundsätze, die auf der Ermittlung der Handelswerte beruhen, die er überall, so weit sie ihm nicht bekannt waren, erkundigt habe. Er schloß mit dem Satze, daß, was einer verlange für eine Baustelle, doch absolut nicht maßgebend sein könne, es komme auf den wirklich gezahlten Preis an. Regierungsbauamteiler Tiedt entwidelte sodann in einem ausführlichen Vortrage, daß zur Schätzung von Baugrundstücken lediglich die Methode, wie sie Professor Dietrich entwickelt habe, zur Anwendung kommen könne, wenn man einigermaßen sicher gehen wolle. Die Methode des Sachverständigen Hentschle sei seiner Ansicht nach durchaus verfehlt, nur zur Kontrolle könnten die ihm angeführten herangezogen werden; diese aber allein zu berücksichtigen bilde eine Gefahr des Irrtums in sich, wie sie bei jeder Schätzung, Irrtümern unterliegen können. Nachdem der Angeklagte Schulz darauf hingewiesen, daß bei der Schätzung der Soldinerstraße die Thatfachenunterlagen des Herrn Hentschle teilweise unzutreffend seien und R. A. Mundel weitere Beweisanträge — dieselben tragen schon die Nummern 105 bis 130 — die von der Deputation zusammengestellt sind, vorgebracht, trat der Kreisstadtagator Herrmann den vorgenannten Sachverständigen bei und erläuterte, daß nur auf Grund der Parzellenschätzung mit Sicherheit eine Schätzung sich vornehmen lasse. Wie sehr die Kaufpreisschätzung irre, ergab sich aus einem der hier fraglichen Terrains, das die jetzige Immobilien-Verkehrsbank, die leider nicht hinreichend informiert zu sein scheint, verkauft habe. Der Käufer habe dies Terrain nach acht Tagen mit einem Aufschlag von 300 M. pro Aute weiter verkauft und sein Nachbesther wolle es jetzt, nach fünf Monaten, nun mit einem Aufschlag von 200 M. pro Aute weiter veräußern.

Die gegenwärtigen sich Staatsanwaltschaftsrat Bed und die Sachverständigen Hentschle, Bernhard und Rothmann, da es sich um ein einzelnes Terrain handle, während die Verteidiger, Justizrat Bronser, Leonh. Friedmann und Dr. Werthauer, sowie die Angeklagten Schulz u. Wohl, die Methode, abgesehen von einem einzelnen Grundstück, für richtig hielten. Eine Frage des Vorsitzers, Landgerichtsrat Paulsch, an den Sachverständigen Herrmann, ob er die 2000 Mark zahlen würde, beantwortete dieser allerdings unter allgemeiner Heiterkeit verneinend.

Die reiche Witwe aus Pasewalk. Eine geriebene Hochstaplerin tauchte Ende vorigen Jahres in Neu-Weißensee auf und schädigte dort verschiedene Einwohner. Es war die noch im besten Lebensalter stehende Witwe Albertine Hahn, welche geflohen vor der vierten Strafammer des Landgerichts II stand. Bei dem Kaufmann und Eigentümer Vogel zu Neu-Weißensee stand damals eine aus drei Zimmern bestehende Wohnung leer. Es war ihm angenehm, als die Angestellte erschien und nach kurzen Verhandlungen die Wohnung mietete. Sie erzählte, daß sie vermögend und von Pasewalk nach Berlin verzogen sei. Ihre Mobilien seien noch in Pasewalk, sie führe vorwiegend nur ein Bett und das sonst Unentbehrlichste mit sich. Sie werde sich ihre Sachen aber jezt schicken lassen und ebenfalls ihr Vermögen, welches aus der dortigen Sparkasse liege, kündigen. Herr Vogel glaubte der vertrauensvollen Dame auch etwas von seinen Verhältnissen mitteilen zu können, er erzählte ihr u. a., daß er auf sein neuerbautes Haus eine Hypothek von 25 000 Mark suche. „Das paßt ja schön!“ rief die neue Mieterin, „das Geld können Sie dann von mir haben!“ Herrn Vogel war dies natürlich angenehm. Er machte sich ein Vergnügen daraus, der Dame die Miete einzuweisen zu lassen, ihr Warencredit einzuräumen und ihr auch mit Darlehen unter die Arme zu greifen. Die Bogelschen Eheleute hatten auch einen erwachsenen Sohn. Zu diesem war die Angestellte besonders lebenswürdig und in der Nachbarschaft ging bald das Gerücht, er werde die reiche Witwe heimführen. Bald folgte aber die Enttarnung. Die Sachen der Mieterin kamen nicht. Herr Vogel wurde mißtrauisch und zog in Pasewalk Erkundigungen ein. Er überzeugte sich, daß er das Opfer einer Schwindlerin geworden war. Er ließ sie sofort ergreifen und strengte zunächst die Zivilklage gegen sie an. Die Angeklagte hatte nun die Dreifachheit, gefälschte Reisquittungen und ebenfalls eine Quittung über zurückgezahlte 157 Mark anzufertigen und diese Fälschungen den berechtigten Forderungen gegenüber geltend zu machen. Nebenbei richtete sie an die Bogelschen Eheleute Postkarten des gemeinsten und beleidigendsten Inhalts. Die Angeklagte war dann zu einer Frau Stofzenberg gezogen, hatte diese ebenfalls durch falsche Vorspiegelungen betrogen und außerdem bestohlen, wo sich ihr Gelegenheit dazu bot. Nun hatte sie sich wegen Betruges, Urkundenfälschung, Diebstahls und Verleumdung zu verantworten. Die Verhandlung endete mit ihrer Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis.

In Frankfurt a. M. begann gestern die Schwurgerichts-Verhandlung gegen Groß und Staffort, die den am Orte sehr bekannten Kaufmann Lichtenstein ermordet haben. Beide Angeklagte bekennen sich des Mordes schuldig. Es sind 71 Zeugen zur Verhandlung geladen.

Berliner Langlehrer-Verband. Heute 9 Uhr, Alte Jakobstr. 75: Uebungsstunde.

Landmannschaft der Zalesow-Holsteiner. Mittwoch, 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung in G. Feuersteins Restauration, Alte Jakobstr. 75. Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäftliches. Ausgabe der Karten zur Dampfpartie am 19. Juni nach Reddig. Verschiedenes. Landleute, Gäste sind willkommen.

Adlershof.

E. Zolcke, Gadenbergstr. 2.

Heinersdorf.

A. Neumann, Brenzlauer Chaussee 25.

Lübars a. Nordbahn.

H. Kögow.

Horsigwalde.

E. Etzat, Ernststr. 6.

Hermisdorf.

K. Herrmann, Hauptstr. 34.

Rosenthal.

A. Zickow.

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen. Wir haben daher diesen Leuten unsere Plakate entzogen.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

G. Weber, Breslauerstr. 11.
Wöhme, Schleiermacherstr. 11.
Bruno Kretschmer, Friedrichsberg.

Gorgas, Binschstr. 4.
Jacnicke, Ritterstraße 40 und Breitestr. 20.

Karl Opalle, Frankfurter Allee 80.
G. Geier, Holtmannstr. 7.

Durch allerbhand Täuschungen und Manipulationen, falsche Plakate usw. suchen die Bäckermeister dem Publikum Sand in die Augen zu streuen. Wir bitten deshalb die verehrte Bevölkerung Berlins, die uns bisher zu teil geordnete Sympathie auch weiter zu betätigen dadurch, daß nur Brot und Backware dort gekauft wird, wo die mit unserm Stempel versehenen weißen Plakate mit rotem Rand aushängen.

Billigste Extrafahrten. Neu! v. d. Michaelkirchbrücke Neu! nach Woltersdorfer Schleuse hin und zurück für 30 Pf. mit Rufft. 1. Pfingstfeiertag vorm. 9 Uhr ... v. d. Michaelkirchbrücke ...

FORDERN SIE Rheinwein Fuchssprung VOLL-REINTONIC. N. 75 et 100 et u. Cabinet 150 et. General-Exp. Semmer, Berlin 54. Ueberall käuflich.

Reederei Nobiling. Dampfer-Extrafahrt mit Musik nach Berliner Schweiz. Abfahrt von Jannowitzbrücke (Schultheiß-Buschplatz) 9 Uhr vormittags, 2 Uhr nachmittags.

Hermann Wicht Cigarren-Fabrik. früher Dresdenerstr. 16. jetzt Gross-Görschen-, Ecke Steinmetzstrasse und Gr. Frankfurter-, Ecke Markusstrasse.

Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal. Schönhauser-Allee 135. Empfehlung mein großes Vereinszimmer für Jubiläen, Gewerkschafts- und Werkstatthaltern.

Pfingst-Ausflug. Regelort „Restaurant zum Schwan“. Zwei neue verdeckte Kegelbahnen. Billard. Kaffeeküche. Großer schattiger Garten.

9. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mai 1904, vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachtrag verboten.

9. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachtrag verboten.

9. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachtrag verboten.

9. Ziehung 5. Klasse 210. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 17. Mai 1904, nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) Nachtrag verboten.

Passie sich daher niemand täuschen! Wir appellieren an das Rechtgefühl des konsumierenden Publikums und bitten, nur Brot und Backware aus den Bäckereien, Milchgeschäften und von sonstigen Wiederverkäufern zu beziehen, wo die mit unserem Verbands-Stempel versehenen Plakate aushängen (weiss mit rotem Rand).

Achtung! Arbeiter Charlottenburgs! Achtung!

Die Charlottenburger Bäcker-Zunft hat beschlossen, die Bewilligungen gegenüber den Bäckerei-Arbeitern zurückzuziehen und die Plakate aus ihren Geschäften zu entfernen bei einer Konventionalstrafe von 300 Mark.

Arbeiter Charlottenburgs! Kauft nur dort, wo unsere gestempelten weißen Plakate mit rotem Rand aushängen. Die Streikleitung. Bureau: „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12. Sprengzeit von morgens 10 bis abends 8 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Steglich. Donnerstag, den 19. Mai, abends 8 1/2 Uhr, hält der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Steglich und Umgegend bei Wahrensdorf, Schloßstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab.

Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg und Umgegend hielt am 11. d. M. seine regelmäßige Vereinsversammlung im Klubhause, Hauptstr. 5/6, ab.

Für das Frauen-Wahlrecht. Die Vereinigung für Frauen-Wahlrecht in Niederland hat an die Zweite Kammer eine Adresse gerichtet, in der anlässlich der beiden, der Kammer vorliegenden Entwürfe zur Revision des Grundgesetzes der Wunsch geäußert wird, die Revision möge so ausgeführt werden, daß nicht mehr der Frau lediglich deswegen, weil sie Frau ist, dieses erste Bürgerrecht vorenthalten werde.

Verband der Schneider und Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. (Filiale Berlin.) Todes-Anzeige. Am 15. d. Mts. verstarb nach langem, schmerzhaftem Leiden unser treues Mitglied Carl Zinsch (Gartenstr. 72) im 26. Lebensjahre.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler August Joachim am 15. Mai verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Mai, nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Michaeliskirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

Verband der Möbelpolierer. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Julius Mai im Alter von 33 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus am Friedrichshagen aus nach Friedhofsfelde statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeige. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter Paul Meinicke am 15. d. Mts. um 8 Uhr gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Pringeln-Allee aus statt.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichhaltigen Spenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter und Schwester sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Gesangsverein „Freie Feldblumen“, unsern tiefgefühlten Dank. Familie Boezek.

Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verlust meines lieben Vaters sage ich hierdurch allen Verwandten, Kollegen, Freunden und Bekannten für die ehrenvolle Beteiligung zur letzten Ruhestätte meinen innigsten Dank. 13558 Frau Henriette verw. Braune.

Gardinen-Rester-Ausverkauf. älterer Mutter in weiß und creme zu 1-4 Fenstern passend, vollständig in dem Gardinenfabrik-Lager von Bruno Güther aus Plauen in Sachsen, Berlin O., Gräner Weg 80, part., Eingang vom Blau (kein Laden). Broden nach außerhalb portofrei. Für Naturfreunde in waldiger, herrlicher Gegend, Vorortverkehr, drei Stationen von Berlin, ca. 30 Min. Fahrt, habe einige Parzellen mit Angelerchtesame an schönem waldbegrenztem Fluss preiswert mit kl. Anzahlung zu verk. Ernste Respektanten wollen sich melden. Off. unter G. R. 461 an Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103. 2/15

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr:

Sieben Volksversammlungen

- in folgenden Lokalen: Für den Süden und Rixdorf: Neue Welt (gr. Saal), Hasenheide. Für den Osten und Nordosten: Kellers Festhalle, Koppenstr. 29. Für den Südosten: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Für den Norden: Ballschmieder, Badstr. 16. Für den Westen: Germania-Halle, Chausseestr. 103. Für Moabit: Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49. Für den Westen und Schöneberg: Königshof, Bülowstr. 37/40.

Der Bäckerstreik und die Kundgebungen der Bäckerinnungen.

Um regen Besuch dieser Versammlungen ersucht Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9353. Donnerstag, den 19. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung der Elektromonteur im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wissenthal über: „Die Gewerkschaftsbewegung und welche Vorteile bietet uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband?“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 19. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung für Rummelsburg im Lokale von G. Tempel, Neue Bahnhofstraße. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wücker. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Donnerstag, den 19. Mai 1904, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung für Charlottenburg im Volkshause, Rosinenstraße Nr. 3. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bezirksleiters. 4. Verbandsangelegenheiten. 115/14. Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 5. und 12. Juni, vormittags 9 Uhr, je eine Urania-Vorstellung. Zur Darstellung gelangt: „Die Insel Rügen“. Billets a 60 Pf. bei den Bezirkskassieren und im Bureau. D. O.

Freie Vereinigung der Bleiglasler und Glasmaler sowie der in dieser Branche beschäftigten Personen.

Donnerstag, den 19. Mai, bei Franke, Sebastianstraße 39: Öffentliche Versammlung der Bleiglasler, Glasmaler u. Messingglasler. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Fritz Kaiser: Die „moderne“ nennende Gewerkschaftsbewegung Deutschlands und die Freie Vereinigung der Bleiglasler und Glasmaler. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 73/1. Der Vorstand. F. H.: Arthur Ritsch.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 20. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr: Versammlung beim Kollegen Franke, Sebastianstraße 39. Tages-Ordnung: 1. Vortrag unfres Ehrenflus Dr. Liebknecht. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten, unter anderem Stiftungsfest. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand. F. H.: Ferdinand Ewald. 60/8

Vorläufige Anzeige! Im Selbstverlag wird demnächst erscheinen und ist durch alle Buchhandlungen, sowie von mir direkt zu beziehen: Meins Erfahrungen im Milchhandel. Ein Beitrag zur Milchverforgung der Städte und zur wirksameren Bekämpfung der Fälscherin von Laura Hentzschel, seit vielen Jahren Milchhändlerin in Altdenburg. Behörden und allen, die sich für Milchverkauf interessieren, angelegentlich empfohlen. In dieser Schrift wird nachgewiesen, daß eine gründliche und umfassende Kontrolle mittels chemischer Untersuchung einschließlich der Stabprobe um so dringender nötig ist, als die Vollmilch in neuerer Zeit sehr oft mit Centrifugmilch gefälscht wird, welche sehr rasch, besonders im Sommer, sauer wird. Da nun bekanntlich saure Milch bei kleinen Kindern Durchbruch verursacht, so ließe sich eine etwaige größere Kindersterblichkeit auch hieraus erklären. Milch mit höherem Säuregrad, die sich sehr bald zersetzt, ist mir von betrügerischen Landwirten wiederholt geliefert worden. Die darauf bezüglichen Untersuchungen werden mir trotz wiederholter Beschwerden und Eingaben an alle dafür zuständigen Stellen von besagten Rechtsanwaltern seit Jahren bis jetzt nicht ausgeliefert. — S. N. S. Nr. 31, 38 und 95 d. S. 5/10

Jede Hausfrau besuche Yornbaum's Waschpulver „Eureka“, daselbe verhilft das unliebsame Abfärben und Einlaufen der Wäsche, erhält die wollene Wäsche wunderbar weich, macht die weiße blühend weiß und gibt derselben einen höchst angenehmen, süßlichen Geruch. „Eureka“ wird von den bedeutendsten Hausfrauen, Zeitungen u. als bestes Waschmittel der Gegenwart empfohlen und sollte daher in keinem Haushalte fehlen. 75/4* „Eureka“ kostet pro Paket 15 Pf. und ist in allen besseren Geschäften zu haben. Engros-Vertrieb durch die Firma: Kiewitz & Mosck, Berlin.

Schlosspark Wilhelminenhof Oberspree. Station Nieder-Schöneweide. Jeden Sonntag, Mittwoch, Donnerstag: Grosser Elite-Ball. Kaffeekeise u. 2 Uhr an geöffnet. Knospung. Volksbelustigungen aller Art. Chr. Fennel. [49122]

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirk Rummelsburg. Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von Schulz, Kant- und Göttestrasen-Ecke: Bezirks-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Verbands-Angelegenheiten. 84/2*

Das war einmal,

das die Herren aus Moabit nach dem Centrum fuhren, um dort Massanzüge zu bestellen oder fertige Anzüge zu kaufen. Das geschieht nicht mehr, weil es nicht mehr notwendig ist. Moabit hat jetzt in dem Herren- und Knabenbekleidungshaus von Herrmann Schlesinger

Turmstrasse 85 ein erstklassiges Bekleidungshaus, sehr leistungsfähig, mit streng soliden und reellen Grundsätzen und billigen, streng festen Preisen. Anerkannt beste Massabteilung! Vorzügliche Lager-Konfektion. Neueste Knaben-Anzüge.

Billigste und reellste Bezugsquelle

für Teppiche! Portieren! Steppdecken! Gardinen! Tischdecken! Läuferstoffe! Diwanddecken! Bettvorlagen! Sella und Kissen! Um zu raumen, verlaufe sämtliche Restbestände der letzten Saison, sowie einen großen Teil vorjähriger Winter kost für die Hälfte des sonstigen Preises, und gebe daher hiermit meiner werthen Kundschaft und Interessenten besondere Gelegenheit, jetzt zum Pfingstfeste obige Artikel sabelhaft billig einzukaufen. Teppich-Haus B. Hurwitz, Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal. Telephon Amt I, 8311.

Willy Hoepfner, Salzwedeler-Str. 10, empfiehlt zum Pfingstfeste: Weizenmehl in verschiedenen Qualitäten, Mandeln Ia, Sultaninen Ia, Rosinen Ia, Backpulver, Backbutter 90 u. 1,00 M., Kochf. Tafelbutter 1,20 M., Moselwein zur Bowle per Bl 45 Pf. etc. Auf Kaffee gewähre 10 Proz. Rabatt. Spezialität: Diverse Sorten Käse. 5 Proz. 5 Proz.

Achtung, Vereine! F. Scholz's Festsäle mit Garten u. gr. Theaterbühne 74 Gr. Frankfurterstr. 74 empfiehlt sich d. Vereinen zu Sommerfesten, Theater-Vorstell. u. andr. Vergnügungen. Berdj. Sonnabende frei. Sonntag: Gr. Volk. Anfang 4 Uhr.

RESTE zur Damen-Mäntel-Konfektion, Mädchen- und Knaben-Garderobe. Damenuche in schwarz und farbig. Kostümstoffe, Kammgarn, Cheviot, Corckscrew, Pflansch, Sammete, Besatzartikel etc. CONFEEKTION. Fertige Jackets, Capes, Paletots, Kostümrocks etc. Größte Auswahl. Billige Preise. C. Pelz, Strasse 4.

Kranz- und Blumenbinderei von L. A. Trothe, Wragelstr. 11, Markthalle IX, Stand 251/252, Griebensstraße. 46148 Von der Reife zurüd Dr. Edm. Falk, Frauenarzt, Slegmundshof 15.

Verkauf zu mässigen streng festen Preisen.

Max Kaplan,

Friedrichstrasse I am Belle-Allianceplatz.

Herren-Moden. Jünglings-Bekleidung. Knaben-Garderobe.

feste Preise.

Sämtliche Gegenstände sind Selbstkonfektion, in vorzüglichster Qualität und hervorragender Ausstattung.

5253L*

Gegen Monatsraten von 2 Mk.



Musikwerke selbstspielende sowie Drehinstrumente mit auswechselbaren Metallnoten von 18 Mk. aufwärts.



Accordeons in sehr reicher Auswahl, sehr preiswerte Instrumente in allen Preislagen.

Phonographen nur erstklassige, vorzüglich funktionierende Apparate von 20 Mk. aufwärts.

Zithern aller Arten, wie Accord-, Harfen-, Duett-, Konzert-, Gitarre-Zithern etc.

Bial & Freund in Breslau II. Illustrierte Kataloge auf Verlangen gratis und frei.

Dr. Schönemann Dr. Simmel, Specialarzt für Haut, Haar und Frauentleiden, Specialarzt für Haut- und Harnleiden.

Apollinaris

KOHLensaURES MINERALWASSER. „EIN WELT TAFELGETRÄNK“

Jährliche Füllungen: 30 000 000 Flaschen und Krüge. Butterhandlung J. Maeding.

Villen-Kolonie Nieder-Schönhausen. Baustellen in schönster Lage Nieder-Schönhausens an vollständig regulierten Straßen mit Gas- und Wasserleitung.

Illustrations of various hats and descriptions for Oscar Arnold's hat business.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfennig.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Knabenanzüge, Mädchenleider, Paletots, Jadelits verkauft billigst. Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an.

Ringstücken, Bobbin, Schneidnäher, ohne Anzahlung.

Ringstücken, Bobbin, Schneidnäher, ohne Anzahlung. Wollmaschinen, Nähmaschinen.

Garbinenhaus Große Frankfurterstrasse 9.

Garbinenhaus Große Frankfurterstrasse 9. Gardinensysteme, Nähmaschinen.

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Dranienstrasse 57. Rechtsbureau, Klagen, Interventionen.

Achtung! Holzarbeiter!

Zugzug ist streng fernzuhalten nach der Sautischlerei Herrmann, Stolkerstrasse 100.

Vermietungen.

Wohnungen. Eine Stube und Küche von 14 Mark an.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Maschinenmeister, tüchtig für Stein- und Aluminiumdruck.

Achtung! Töpfer.

Bei dem Töpfermeister Grosse haben auf dem Neuban Stettinerstrasse 56/57 sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen und Regulierung die Arbeit niedergelegt.

Achtung! Leistenvergolder.

Die Sperre über die Firma R. Mehring, Mantuffelstrasse, ist aufgehoben, da die Angelegenheit geregelt ist.

Achtung! Holzarbeiter!

Zugzug ist fern zu halten von Sautischlern und Einsehern nach Steglitz, Groß-Fichtersfelde, Lankwitz und Friedenau.

Achtung! Töpfer.

Bei dem Töpfermeister Grosse haben auf dem Neuban Stettinerstrasse 56/57 sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen und Regulierung die Arbeit niedergelegt.

Achtung! Leistenvergolder.

Die Sperre über die Firma R. Mehring, Mantuffelstrasse, ist aufgehoben, da die Angelegenheit geregelt ist.

Achtung! Töpfer.

Bei dem Töpfermeister Grosse haben auf dem Neuban Stettinerstrasse 56/57 sämtliche Kollegen wegen Lohnminderungen und Regulierung die Arbeit niedergelegt.

Achtung! Leistenvergolder.

Die Sperre über die Firma R. Mehring, Mantuffelstrasse, ist aufgehoben, da die Angelegenheit geregelt ist.